

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

9 (3.3.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 9

Mannheim, 3. März 1949

Preis 15 Pfg.

Streik und Streikdrohungen führen zum Erfolg!

Ueberbrückungsbeihilfen und Lohnerhöhungen der bayrischen Metallarbeiter und württembergisch-badischen Gemeindearbeiter durchgesetzt

Der Streik der bayrischen Metallarbeiter, an dem bereits 17.000 Arbeiter sich beteiligten und dessen Ausdehnung auf die 150.000 Metallarbeiter ganz Bayerns drohte, ist durch eine Vereinbarung der Industriegewerkschaft Metall mit dem „Verein der bayrischen Metallindustrie“ beendet worden. Die Vereinbarung sieht vor, daß der am 31. Januar abgelaufene Tarifvertrag rückwirkend ab 1. Februar 1949 wieder in Kraft gesetzt und bis 31. Mai 1949 verlängert wird.

Als Ueberbrückungsbeihilfe für Februar und März erhalten von den Arbeitern und Angestellten Verheiratete mit zwei und mehr Kindern 24.— DM, alle übrigen, mit Ausnahme der Jugendlichen unter 18 Jahren 22.— DM, alle Jugendlichen unter 18 Jahren mit Ausnahme der Lehrlinge 18.— DM. Für April und Mai erhalten die Arbeiter eine Ueberbrückungsbeihilfe pro Lohnstunde in Höhe von 0,09, 0,08 und 0,07 DM, Angestellte erhalten die gleiche Zulage auf der Basis von 200 Monatsstunden. Die Ueberbrückungsbeihilfe für Februar und März liegt um 2.— DM höher als in dem Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministeriums vorgesehen war.

Der entschlossene Kampf der bayrischen Metallarbeiter hat, wenn er auch nicht in

voller Höhe die gewerkschaftliche Forderung erreicht, mit einem beachtlichen Erfolg abgeschlossen.

Erhöhung der Löhne für Gemeindearbeiter in Württemberg-Baden

Die Urabstimmungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Städte Mannheim und Stuttgart zur Durchführung eines Streiks um die Erhöhung der Löhne und Gehälter zu erzwingen, hatte einen überraschenden Erfolg. Für den Streik erklärten sich in Stuttgart nahezu 90 Prozent, in Mannheim lag das Ergebnis noch darüber. Die inzwischen aufgenommenen Verhandlungen zwischen der „Kommunalen Arbeitsrechtlichen Vereinigung“ und der „Gewerk-

schaft für öffentliche Dienste, Transport und Verkehr“ haben im Arbeitsministerium Stuttgart zu einem Abkommen geführt, das die gewerkschaftlichen Forderungen zu Zweidrittel erfüllt. Für die Monate Februar und März erhalten danach alle Arbeiter, Angestellte und Beamte in Württemberg-Baden eine Zulage von 20.— bzw. 17.— DM, die sechsprozentige Notverordnungsbeschränkung Brüttings wird aufgehoben und der Mindestlohn der Arbeiter wird von 63 auf 75 Pf. erhöht.

Die Gehalts- und Lohnverhältnisse bei den Gemeindebetrieben sind, gemessen an denen der meisten übrigen Industriezweige, bisher wohl zu den schlechtesten zu rechnen gewesen. Der Erfolg der Streikdrohung gibt

einen gewissen, wenn auch längst nicht vollen Ausgleich.

Textilarbeiter drohen mit Streik

Die bayerische Textilarbeitergewerkschaft hat die nordbayerischen Tarifverträge vom 28. Februar 1949 gekündigt. Die Unternehmer haben sowohl Verhandlungen als auch Zugeständnisse abgelehnt. Es ist deshalb mit einem Lohnkampf der 25.000 nordbayerischen Textilarbeiter zu rechnen.

Proteststreik bei Brinkmann

600 Arbeiter der Firma Zigaretten- und Tabakfabrik Brinkmann legten aus Protest gegen die rigorose Kontrolle der Zollfahndungsstelle und deren „aufdringliche Art“ für zweieinhalb Stunden die Arbeit nieder.

„Wir wollen den Krieg unmöglich machen!“

Thorez im französischen Parlament: Die französischen Arbeiter kämpfen nicht gegen die Sowjetunion

„Wir wissen, daß ein sozialistisches Land niemals uns oder irgendeine andere Nation bedrohen oder angreifen wird. Deshalb wird das französische Volk niemals gegen die Sowjetunion Krieg führen“, heißt es in einer Entschliebung des Zentralausschusses der Kommunistischen Partei Frankreichs.

Eine Erklärung des Führers der KPF Thorez, gab Anlaß zu einer heftigen Debatte in der Nationalversammlung. Thorez wiederholte seine Worte, die französischen Arbeiter und Freunde des Friedens würden alles tun, um einen Krieg gegen die Sowjetunion nicht nur schwierig, sondern unmöglich zu machen.

Seine Worte hätten deswegen in der Welt so viel Aufsehen erregt, weil gerade jetzt erneut ein Krieg drohe, der von den imperialistischen Mächten vorbereitet werde und in dem Frankreich der Verbündete Deutschlands und Spaniens sein sollte. Die kapitalistischen Staaten ständen wieder im Kampf um die überseeischen Märkte, der unvermeidlich zum Krieg führen würde, wenn die Völker der Welt nichts dagegen unternähmen.

Zur Frage des Atlantik-Paktes sagte Thorez, dieser Pakt werde die Errichtung militärischer Stützpunkte von Norwegen bis zur Türkei bedeuten, die gegen die Sowjetunion verwendet werden sollten.

In der gleichen Sitzung erklärte der kommunistische Fraktionsführer Ducloux: „Wir wollen keinen Krieg, der dem westlichen Monopolkapitalismus eine Krise ersparen soll. Es

ist eine Kriegspolitik, die sie führen und sie wird Frankreich zum Ruin bringen.“

Aufhebung der Immunität von Thorez abgelehnt

Der Antrag, die Immunität des Vorsitzenden der KPD, Thorez, aufzuheben, um gegen ihn wegen seiner Rede ein Strafverfahren einzuleiten, wurde von der Nationalversammlung mit 500 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

Polizeiaktion gegen KP Frankreichs

Im Anschluß an die Rede Thorez startete die französische Regierung eine umfassende Polizeiaktion gegen die Kommunistische Partei. Haussuchungen, bei ihr wie auch bei dem Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund, wurden vorgenommen. Durchgeführte Verhaftungen wurden mit Spionageverdacht begründet. Die französische Regierung plant, die 84 Mitglieder des Zentralsekretariats der Kommunistischen Partei unter Anklage zu stellen.

Kommunistische Parteien der Welt gegen die Kriegsbedrohung

Harry Pollitt erklärte vor dem Exekutivsausschuß der Kommunistischen Partei Englands: „Wenn Provokateure uns fragen, was wir im Falle eines imperialistischen Krieges gegen die UdSSR zu tun gedenken, dann können wir nur die gleiche Antwort abgeben, wie Ernest Bervin im Jahre 1920: — Wir werden Streiks und Aktionsausschüsse organisieren, um die Durchführung dieses Krieges zu verhindern. Nichts kann den Vormarsch des Kommunismus aufhalten.“

In Italien erklärte Togliatti in einem Interview, das italienische Volk werde die Sowjet-Armee bei der Verfolgung eines Angreifens auf italienischem Boden unterstützen.

VVN-Spaltung soll weiter betrieben werden

Die VVN zu spalten, wie es auf dem Düsseldorf Parteitag der SPD beschlossen wurde, sind in Württemberg-Baden bereits einige Versuche des Parteivorstandes erfolgt, das Ziel zu erreichen. Mit der Ende vergangenen Woche erfolgten Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der Politisch Verfolgten“ für Württemberg-Baden soll die Arbeit weiter vorangetrieben werden. In einer Erklärung wird zur Bildung von Orts- und Kreisgemeinschaften der neuen Organisation aufgerufen. An die sozialdemokratischen Mitglieder ergeht erneut das Ansinnen, entweder aus der VVN oder der SPD auszutreten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Einladung zu einer Versammlung am Freitag in den Motorenwerken an die politisch verfolgten Sozialdemokraten zu werten. Damit kommt aber auch der Generalversammlung der VVN am kommenden Sonntag um 9 Uhr in den Motorenwerken höchste Bedeutung zu.

Riesiger Korruptionsskandal in Hessen

Die große Koalition SPD-LDP-CDU kompromittiert — KPD fordert Säuberung

Die vom Zweimächtekontrollamt gegen den stellvertretenden Direktor des Landesernährungsamtes Hessen und Vertreter des Landes Hessen im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft des Länderrates, Fritz Dietz, eingeleitete Untersuchung hat einen riesigen Korruptionsskandal enthüllt, der die ganze hessische Regierung und alle Parteien des hessischen Landtages, mit Ausnahme der KPD, kompromittiert.

Fritz Dietz hat es gleich nach 1945 verstanden, sich eine Monopolstellung in der Ernährungswirtschaft zu erschließen. Als Leiter der Importhandelsgesellschaft verstand er es, alle anderen hessischen Firmen vom Verkauf der nach Hessen getätigten Getreideimporte auszuschalten und die Handelsspanne selbst festzulegen. Dies brachte ihm an einem einzigen Geschäft 240.000.— RM ein. Vor allem verstand es Herr Dietz, sich über die Währungsreform hinwegzusetzen, 48 Stunden vor der Währungsreform zahlte die von Dietz geleitete Importhandelsgesellschaft einen staatlichen Kredit von 20 Millionen RM zurück und besaß am Tage nach der Währungsreform ein Warenlager im Werte von 8,6 Millionen DM.

Schon am 5. Januar 1946 erklärte die KPD, daß eine so enge Verbindung von Politik und Geschäft nicht tragbar sei. Im Januar 1947 forderte die KPD erneut die sofortige Entfernung von Dietz. Ihr Antrag wurde von der SPD, CDU und FDP niedergestimmt. Als die KPD im Januar 1948 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verlangte, wagte es die große Koalition nicht, diesen Antrag abzulehnen. Hinter verschlossenen Türen entschied der Ausschuß, die Untersuchung einzustellen, bis das Disziplinarverfahren gegen Dietz beendet sei. Selbst als die Untersuchung des Zweimächtekontrollamtes bereits im Gange war, erdreistete sich der hessische Ministerpräsident Stock zu erklären, daß „Dietz dem Vaterlande einen vornehmen Dienst erwiesen habe.“

Die KPD fordert nunmehr die sofortige Verhaftung des Dietz und die Suspension des schwerbelasteten Ernährungsministers Lorberg bis zum Abschluß der Untersuchung. Die KPD fordert weiterhin, daß festgestellt wird, welche Verbindungen zwischen Herrn Dietz und dem Finanzministerium bestanden.

Der Fall Dietz ist symptomatisch für die Fäulnis des ganzen westdeutschen Systems. Der Schutz, den CDU, LDP und SPD Dietz angedeihen ließen, muß deshalb als natürlicher Ausdruck der gesamten verantwortungslosen Politik dieser Parteien angesehen werden.

Größte Stahlproduktion Europas

Die Sowjetunion produzierte im Jahre 1948 16,5 Millionen Tonnen Stahl, gegenüber den 13 Millionen im Vorjahr ein wesentliches Mehr.

Die Getreidelieferungen haben mit 7 Milliarden Pud Weizen im Jahre 1948 den Vorkriegsstand der Sowjetunion erreicht.

Der Krawtschenko-Prozeß in Paris

Seit dem 25. Januar findet in Paris ein Prozeß statt, den der russische Deserteur Krawtschenko gegen die Pariser Wochenzeitschrift „Les Lettres Françaises“ in Szene gesetzt hat. Krawtschenko und seine Hintermänner verfolgen mit diesem Sensationsprozeß die Absicht, vor der Weltöffentlichkeit den Verleumdern der Sowjetunion, den Reaktionen und Imperialisten aller Nationen, die in dem Kampf gegen den Kommunismus ihre Lebensaufgabe sehen, eine Tribüne zu verschaffen. Daß dieses Vorhaben Krawtschenkos und seiner „Meister“ nicht gelungen ist, sondern im Gegenteil sich als Bumerang gegen die Verleumder entpuppte, das war in dieser Rechnung nicht einkalkuliert. Sonst hätte es sicherlich keinen Krawtschenko-Prozeß gegeben.

Der Vorwand: Die „Lettres Françaises“ hatte einen Artikel veröffentlicht, der bewies, daß Krawtschenko nicht der Verfasser „seines“ Buches „Ich wähle die Freiheit“, ein Machwerk überlaster Antisowjethetze, ist. Krawtschenko beschuldigte die Herausgeber der Zeitschrift der Verleumdung.

Der Verlauf des Prozesses: Krawtschenko ist der „Held“ des Tages. Seines Erfolges sicher, versucht er in arrogantem Manier seine Gegenzug abzugeben. Die „westlich orientierte“ Presse triumphiert. Man überhäuft den „Martyrer“, der bereits wegen Unterschlagungen verurteilt ist, mit Vorschüßelbeeren. Doch wie sich der Prozeß in die Länge zieht, wird es auffallend stiller um ihn. Das ist sehr verständlich. Es wäre nämlich peinlich, sollte man zugeben, daß aus dem „Helden“ Krawtschenko ein übler Verleumder geworden ist, dessen Anklagepunkte einer nach dem anderen unhaltbar werden und der nun alle Mühe hat, die reichlich zerknitterte, de-

maskierte Figur, die er nach der vierten Woche des Prozesses abgibt, irgendwie aus seinen eigenen Widersprüchen, peinlichen Enthüllungen und Lächerlichkeiten herauszuamovieren.

Krawtschenko gehörte 1944 einer sowjetischen Einkaufskommission in den USA an. Dort ergab er sich dem Trunk. Daraufhin bekam er den Befehl, in die Sowjetunion zurückzukehren. Das verweigerte er und wurde darum als Deserteur und Verräter seines Vaterlandes von der Liste des Personals gestrichen.

Der mit Pauken und Trompeten gestartete Prozeß hat seine Zugkraft für die Antisowjethetze verloren. Das eigene Zugeständnis Krawtschenkos beweist, daß es einzig und allein um die Diffamierung der Kommunistischen Partei Frankreichs geht. Jedoch der Pariser Prozeß hat die Absicht dieses typischen Provokateurs enthüllt, und die Weltöffentlichkeit hat einmal mehr den Beweis in Händen, daß den Feinden der Sowjetunion im Kampf gegen den Fortschritt und den Sozialismus jedes Mittel recht ist.

Das Mitglied des englischen Parlaments, Zilliacus, sagte vor dem französischen Gericht aus: „Was Krawtschenko sagt, ist unwahr. Er lügt bewußt... Der Zweck des unter seinem Namen erschienenen Buches ist es, glauben zu machen, daß, wenn die Westmächte die Sowjetunion mit Atombomben angreifen würden, sie von den Ueberlebenden auf den Knien dafür bedankt würden.“

Die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt werden diese Absicht zu verhindern wissen. Dessen sollten sich diejenigen, in deren Händen Krawtschenko nur eine Marionette ist, endlich bewußt werden. V.S.

Symbolisch!

Besatzungsstatut als Präambel zum Grundgesetz

Einer DENA-AFP-Meldung zufolge verlautet aus Paris, daß das Besatzungsstatut, über das sich so reichlich lange in London der Kopf zerbrochen wird, als Präambel in die vom Bonner Parlamentarischen Rat ausgearbeitete Westdeutsche Verfassung aufgenommen werden soll.

Die in den letzten Wochen in Bonn zutage getretenen Schwierigkeiten, die zu einer Verschiebung der dritten Lesung des Grundgesetzes führten, sollen damit im engsten Zusammenhang stehen.

Es liegt für jeden erkennbar eine Ironie in dieser Meldung. Das Bonner Grundgesetz wird uns offeriert als „demokratischer Akt“ der Geburt eines westdeutschen Staates. Seine Präambel soll nun das Besatzungsstatut sein. Das Besatzungsstatut ist ein Kolonialstatut. Was wir in Form eines Vorschusses darauf im Ruhrstatut kennen gelernt haben, hat jeden Zweifel darüber behoben. Wo sollte aber dort, wo ein kolonialer Beherrschungswille so sichtbar vorhanden ist, Raum für eine eigene Demokratie sein? Die Beanstandung der Gesetze des Wirtschaftsrates und der Länder am laufenden Band durch die Militärregierung, wie beispielsweise beim Beamtengesetz — jetzt ist die gleiche Korrektur zum ersten Lastenausgleichsgesetz in Aussicht gestellt — geben uns einen Vorgeschmack von der Freiheit des „demokratischen Separatstaates“ Westdeutschlands. -ii-

Schämt Ihr Euch nicht?

Landtag und Mindszenty-Urteil

Von Abgeordneten der drei Parteien CDU, DVP und SPD wird im Württemberg-Badischen Landtag eine Entschliebung gegen das Mindszenty-Urteil vorgelegt. Das Urteil ist für die Abgeordneten dieser Parteien offenbar ein willkommener Vorwand, ihren antikommunistischen Geist unter Beweis zu stellen. Der in Westdeutschland üblichen und den Besatzungsmächten gefälligen Mode wollen sie sich nicht verschließen. In der Entschliebung heißt es: „Er (der Landtag) sieht das Urteil als ein Attentat auf die Grundrechte der Menschen, insbesondere das Recht der freien Meinungsäußerung an. Er protestiert mit der gesamten freiheitsliebenden Welt gegen eine Justiz, die unter Anwendung von Foltern und anderen Mitteln Geständnisse erpreßt und auf Grund dieser Geständnisse Urteile fällt, die jeder Gerechtigkeit Hohn sprechen.“

Wir empfinden bei der Angelegenheit auch einen Hohn. Er liegt in der dieser Entschliebung zugrunde liegenden Unterstellung, die allen Tatsachen, die der Mindszenty-Prozeß zutage förderte, widerspricht, einfach ignoriert, nämlich, daß auch nicht ein Schatten eines Beweises, der zwar vor dem Prozeß erhobenen Beschuldigungen erbracht worden ist. Wir wollen zu dem, was der Kern dieser dem Landtag zugemuteten Entschliebung darstellt, nochmals aus dem Leitartikel „News Statesman and Nation“ vom 12. Februar 1949 zitieren. Unter Bezugnahme auf die Schenkung des Vatikans, die in dessen Organ „Osservatore Romano“ veröffentlicht wurde — und die Schenkung bestand darin, die selbstgezeichneten Schauerämern über Folterungen aufzugeben — schreibt das Blatt: „Die Erklärung des Vatikans hat in den Reihen der katholischen Propagandisten große Wirwirkungen angerichtet. Sie müssen nun einen glaubwürdigen Protest für die lebenslange Strafe des Kardinals finden als Ersatz für ihre früheren unverantwortlichen Anschuldigungen gegen die Gerichtsverhandlung. Es ist jedoch nicht schwer, eine Erklärung für den Umschwung in der Meinung des Vatikans zu finden. Zunächst einmal hatten sowohl der Verlauf der Verhandlung als auch das Verhalten des Kardinals die Geschichten von den „Medikamenten und Foltern“ widerlegt. Diese Geschichten waren, wie man sich erinnern kann, nicht auf der Basis von Beweisen vorgebracht worden, sondern als Prophezeiungen über das, was Kommunisten in Budapest einem Kardinal antun könnten...“

Diese und ähnliche Feststellungen konnte man nicht nur im „News Statesman and Nation“, sondern auch in einer Reihe von Zeitungen etwas unabhängigen Charakters der Weltpresse lesen. Die Abgeordneten des Württemberg-Badischen Landtages brauchen davon ja nichts zu wissen. Für eine antikommunistische Demonstration wie auch für Bizantinismus ist Korrektheit, Fairness und Wahrheitsliebe keine Voraussetzung.

Der erste Entwurf dieser Entschliebung hatte im letzten Satz folgende Formulierung: „Die Völker, die Deutschland außenpolitisch vertreten, bitten wir, sie mögen auf der Hut sein, daß nicht eine Sklaverei die andere ablöse.“ Gewiß, die Völker mögen davor auf der Hut sein. Sie mögen aber auch vor Abgeordneten auf der Hut sein, die nicht wissen, trotzdem sie so etwas wie eine politische Spitze repräsentieren, daß Deutschland keine außenpolitische Vertretung, auch nicht in anderen Völkern, hat. Sechzehn Abgeordnete, die den ersten Entwurf unterzeichneten, haben das in ihrer politischen Tätigkeit offenbar nicht gemerkt. Ihnen würden wir zutrauen, daß sie einer Sklaverei unterworfen sein könnten, ohne sie gewahr zu werden.

Eifer macht oftmals blind. Die Eiferer gegen den Kommunismus sind es von vornherein. Sie sind blind gegenüber allem Geschehen, wissen nichts und wollen nichts wissen. Wir schämen uns der sozialdemokratischen Abgeordneten, die ihren Namen auf die Mindszenty-Entschliebung setzten oder die dafür stimmen werden. Ist auch ihnen entgangen, wieviel Sozialisten und Gewerkschaftler in einer Reihe von Ländern umgebracht wurden und noch umgebracht werden? Geht ihnen jedes Gefühl für Natürlichkeit und Anstand ab, für einen hochverräterischen Kardinal just in dem Augenblick zu demonstrieren, was die Nachricht aus dem faschistischen Franco-Spanien kommt, daß ein Militärgericht den Generalsekretär der spanischen Gewerkschaften, José Statue zum Tode verurteilt, weil er sich illegal damit beschäftigte, die Gewerkschaften Spaniens weiter am Leben zu halten? Wo ist hier Euer Protest?, Genossen Sozialdemokraten? -ym-



Geht General Clay?

Die Erörterungen über eine Abberufung General Clays reißen trotz der zwischen durch erfolgenden gegenteiligen Versicherungen nicht ab. General Clay erklärte nun selbst auf einer Pressekonferenz in Frankfurt, er habe „inoffiziell“ darum gebeten, von seinen Pflichten in Deutschland entbunden zu werden. In einer Veröffentlichung der „Chicago-Tribune“ wird bereits der 30. Juni als Termin der Abberufung General Clays genannt. Einer der beiden amerikanischen Generale Weidemeyer oder Clark werden als wahrscheinliche Nachfolger genannt.

Im Streiflicht gesehen

Dokumentenfälscher

Für vier Stangen Zigaretten und zwei Pfund Bohnenkaffee jeweils überbrachte ein Bremer Führernehmer der CIC Geheimbriefe und 16 Dokumente über „Sabotageakte an Lebensmitteltransporten“, „Generalstreiksvorbereitungen“ und „Anweisungen zu dem Widerstand gegen die Militärregierung“ der KPD. Alles war Fälschung und Peter Krucic wurde jetzt zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Etwas besser kam ein Märchenerzähler über die Ozone in Erfurt davon. Er lieferte einschlägige Berichte über „Tatsachen aus den Uranbergwerken der Ozone“ und andere Originalberichte „bester Qualität“ der „Freien Presse“. Diese selbst mußte eines Tages wegen der Schwindeltaten gegen den Fälscher Oelschläger prozessieren. Der Prozeß brachte viel Interessantes zutage. Mit Schauermärchen über den Osten kommt jeder Schwinder durchs Land. „Ich dachte, ich könnte der KPD eins auswischen und außerdem noch ein paar Pfennige Geld bekommen“, gab Oelschläger als Begründung seines Tuns an. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Nazis für Außenpolitik gesucht

Der bizonale Oberdirektor Dr. Pünder verucht die Bildung eines „ausenpolitischen Amtes“ der Bizone unter Mitwirkung maßgebender Persönlichkeiten des Ribbentropchen

Außenministeriums, entnehmen wir einer Meldung des sozialdemokratischen Presseedienstes.

Dr. Pünder, dem der berüchtigte Freisler seine NS-Nützlichkeit bescheinigte, ist mit seinem Beginnen etwas früh dran. Sollte er nicht noch etwas warten, bis die „Freisprüche“ im Wilhelmstraßenprozeß in Nürnberg erfolgt sind?

So frei, wie sie wünschten

Dr. Johnson, der „rote Dekan“ von Canterbury, erklärte als Zeuge im Krawtschenko-Prozeß: „Ich habe festgestellt, daß die Geistlichen der Sowjetunion in Glaubenssachen so frei waren, wie sie wünschten. Ich habe auch festgestellt, daß niemand sich in die inneren Angelegenheiten der Kirche einmischte. Sie konnten ihre Geistlichen frei wählen. Alle Religionen wurden gleich behandelt.“

Weiter Skandal um Schacht

Das Hamburger Blatt „Die Zeit“ brachte einen Leitartikel vom Reichsbankpräsidenten Hitlers, Dr. Schacht, in dem sich dieser für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Amerikaner ausgesprochen hat. Das württembergisch-badische Befreiungsministerium hat das letzte Urteil der Zentralsprachkammer Ludwigsburg, das auf acht Jahre Arbeitslager für Schacht lautete, erneut wieder aufgehoben. Der Skandal um Hitlers Finanzorganisator schreit zum Himmel.

Nur ein „Versehen!“

Die sozialdemokratische Redaktion der „Freiheit“ Rheinland-Pfalz, die das Wiesbadener Unternehmerprogramm mit empfehlenden Worten als Gewerkschaftsprogramm veröffentlichte, hat nun eine wortreiche Entschuldigung gebracht. Daß sie es schwer hatte, ist uns klar, denn es dünkt uns, in einem solchen Fall gibt es keine Entschuldigung. Wir werden darin bestätigt, wenn wir die gewundene Erklärung über ein „technisches Versehen“ lesen: „Infolge eines Versehens, dessen Ursache in der zu eng begrenzten technischen Grundzüge unseres Betriebes zu suchen ist, wurden von uns in der letzten Ausgabe Grundsätze künftiger Lohngestaltung veröffentlicht, die durch ein Rundschreiben vom Lohnpolitischen Hauptausschuß der Arbeitgeberverbände in der Bizone allen Arbeitgebern übermittelt worden sind. Von der Leitung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz wird uns dazu mitgeteilt: „Todsünde beteuert dann die „Freiheit“, sie stehe hinter den Forderungen der Gewerkschaften.“

Ein technisches Versehen, wenn zu diesen Programmpunkten eine Einleitung befürwortenden Sinnes geschrieben worden ist! Sind Redakteure einer sozialdemokratischen Zeitung noch geschulte Funktionäre der Arbeiterbewegung? Ist es noch Bedingung, daß sie auf dem Boden der Kampforganisationen der Arbeiterschaft stehen? Uns scheint, der antikommunistische Geist ist die erste Voraussetzung für die Befähigung zum Redaktorenamt. Dabei kann allen allerhand passieren, auch das Malheur, das der „Freiheit“ geschah!

USA verbietet englischen Handel

Die amerikanische Verwaltung in Deutschland befahl gestern, daß die englischen und kontinentalen Firmen, die mit dem Besatzungspersonal für Dollars und Sterling handeln, ihre Geschäfte schließen müssen. Die Verwaltung übergibt den Handel einer amerikanischen kontrollierten Organisation. Entrüstete Proteste kamen gestern abend von englischer Seite, die die Amerikaner beschuldigen, die „Privatinitiative“ im Handel, für die sich diese in Westdeutschland immer einzusetzen haben, zu zerstören. Reynolds News

Das landwirtschaftliche Sofortprogramm

Das Chaos in unserer Ernährungswirtschaft wird noch vergrößert

Im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Wirtschaftsrates wurde in der vergangenen Woche ein sogenanntes neues Agrarprogramm für die Landwirtschaft im Westen Deutschlands beschlossen. In diesem Programm ist die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Freigabe der Schweine- und Schafpreise bis 1. Oktober 1949 bzw. 1. Juni 1949 vorgesehen. Mit sofortiger Wirkung soll die Preisbindung für Ferkel und Läufer aufgehoben werden. Man plant, 4,5 Millionen Schweine zu mästen. Zu diesem Zwecke sollen zwei Millionen Tonnen Mais und 300 000 Tonnen tierisches Eiweißfutter eingeführt werden.

Dieses Programm wird, wenn es zur Durchführung kommt, den Großgrundbesitzern riesige Gewinne und dem kapitalkräftigen Teil der Bevölkerung Schweinefleisch bringen. Die Bauernwirtschaften werden von diesem neuen Plan keine wesentlichen Vorteile haben, denn die bisherigen Abschlußergebnisse der Schweinemastaktion zeigen, daß die überwiegende Mehrzahl der kleinen und mittleren Bauern angesichts der weiter in Kraft bleibenden Totalablieferung bei Getreide und Kartoffeln und in Anbetracht der hohen Ferkelpreise sich nur wenig an der Schweinemastaktion beteiligen. Noch mehr gilt dies für die Aufhebung der Bewirtschaftung der Schafe, denn 50 Prozent aller Schafe werden in Großbetrieben über 100 ha gehalten, so daß aus dieser Maßnahme nur die Großgrundbesitzer Nutzen ziehen.

Die Vertreter der KPD haben gegen diesen Plan Stellung genommen, weil er weder dem Bauern noch dem werktätigen städtischen Verbraucher helfen wird. Kellnersfall ist die KPD für die Beibehaltung der Zwangswirtschaft, wie sie von Schlange-Schönberg in den vergangenen drei Jahren durchgeführt wurde. Sie fordert eine demokratische Wirtschaftspolitik, bei der die

Es muß sofort etwas geschehen

Abg. Rueß begründet im Landtag Große Anfrage der KPD über Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten

Stuttgart. (E.B.) Abg. Rueß (KPD) begründete in der letzten Landtagssitzung die von der kommunistischen Fraktion bereits am 28. Dezember 1948 gestellte Große Anfrage, warum die Löhne und Gehälter der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt und warum ihnen für das Jahr 1949 nicht die übliche Weihnachtsgeldzahlung gewährt wurde. Er erinnerte daran, daß diesen Berufsgruppen während der letzten Privatwirtschaft dem Verlangen auf Lohn- und Gehaltserhöhung teilweise entgegen kam, keine Aufbesserung genehmigt wurde. Nicht einmal der sechsprozentige Gehaltsabbau der Brüning'schen Notverordnung sei aufgehoben worden. Wochenlöhne von 40 bis 42 DM netto, Monatsgehälter von 150 bis 200 DM netto, welche eine große Zahl von ihnen erhielten, könne man nur als Hungerlöhne bezeichnen. Es sei ein Skandal, wenn ein vertrauliches Protokoll des Länderrats beim Frankfurter Wirtschaftsrat, die Anweisung erteilt, daß man alles versuchen müsse, um die Frage der Lohn- und Gehaltserhöhung (inhaltslos), zu behandeln. Das beweise, daß die Finanzminister der Länder und die Kommunale Arbeitsrechtliche Vereinigung, die Tarifverhandlungen mit dem Gesamtverband absichtlich verschleppen haben. Die Konsequenz sei, daß man zu Verhandlungen auf der Länderebene kommen müsse. Die Urabstimmung bei den städtischen Arbeitern und Angestellten in Stuttgart zeige die ungeheure Erregung, die bei den Betroffenen — und auch bei den Staatsarbeitern und -angestellten — herrsche. Es müsse sofort etwas geschehen.

Ein gemeinsamer kommunistischer und sozialdemokratischer Antrag, wonach das Finanzministerium beauftragt werden soll, sofort Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Erhöhung der Löhne und Gehälter aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen.

Vorher hatte ein Vertreter des Finanzministeriums eingestanden, daß die Tarif-

verhandlungen der bizonalen Finanzminister mit den Gewerkschaften am 3. Februar in Köln nicht, wie immer von dieser Seite vorgeschützt, aus formalen Gründen gescheitert wären, sondern, daß man auch so nicht zu einem Abschluß infolge der schwierigen Finanzlage gekommen wäre. Die Weihnachtsgeldzahlungen hätten einen Rechtsanspruch dargestellt. Die Finanzminister würden sich am 25. Februar 1949 mit den Fragen beschäftigen.

Der sozialdemokratische Abg. Kleinknecht unterstützte die Ausführungen des Abg. Rueß. In den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen sei ein Sturm der Entrüstung und Empörung. Wenn nicht sofort etwas geschehe, habe man in den nächsten Tagen mit größeren Erschütterungen zu rechnen. Abg. Kuhn (CDU) betrachtete ebenfalls die Löhne und Gehälter als „reformbedürftig“, wollte aber nach wie vor die Regelung — was praktisch wie sich gezeigt hat, ein Abschieben bedeutet — im bizonalen Rahmen beschließen lassen. Lebhaften Protesten begegnete er, als er erklärte, die freie Gestaltung der Wirtschaft habe sich bewährt. Abg. Greiser (SPD) betonte scharf, daß sofort etwas geschehen müsse.

Persönlichkeiten die man kennt

Stuttgart. (E.B.) In dem am 9. April 1948 im württembergisch-badischen Landtag angenommenen Gesetz über den Dienststrafhof für Richter zum Schutze der Verfassung war damals auf Initiative der kommunistischen Fraktion ein Artikel fortgefallen, welcher Richter, die sich aus „Gewissensgründen“ der Verfassung oder ihrem Geist widersetzen oder verschlossen haben, falls der Dienststrafhof von einer Strafe absehen will, lediglich maßregeln will. Die Regierung benutzte nun einen formalen Fehler des Gesetzes, um über eine Wiederhernahme dieses Artikels im Landtag abstimmen zu lassen. Trotz des Widerspruchs durch die KPD und SPD fand sie diesmal eine Mehrheit, da DVP und CDU geschlossen für die Herabnahme des reaktionären Artikels stimmten.

Abg. Leibbrand (KPD) wies darauf hin, daß die vom Justizminister vertretene unangebrachte Rücksichtnahme auf die „Emp-

findlichkeiten“ des Kreises der Richter für eine Einstellung sprechen, nach der ein Richter eben doch etwas ganz anderes ist als ein gewöhnlicher Sterblicher. Gerade die hohe Verantwortung, welche die Richter zu tragen haben, verlange, daß ein besonders strenger Maßstab an das richterliche Amt angelegt werde.

Abg. Lausen (SPD) hatte auf den hohen Anteil der vom Befreiungsgesetz Betroffenen in der Justiz, der 80 Prozent betrage, hingewiesen. Vom Hause wurde die Antwort Justizministers Beyerle teils mit Gelächter, teils mit Protesten quittiert, als er sagte, daß sich die hohe Zahl von 80 Prozent auf den Richterdienst nur etwa 50 Prozent vom Gesetz Betroffener betrafen. „Sie werden das verstehen. Es handelt sich um Persönlichkeiten, die man gut kennt und die von beruflicher Tüchtigkeit und charakterlicher Zuverlässigkeit sind. Aber das nur nebenbei.“

Pressestimmen

Der aggressive Charakter des Atlantikpaktes
... Eine Frage kristallisiert sich scharf heraus: wessen Interessen — amerikanische oder europäische — werden im Atlantikpakt vorherrschen? Senator Vandenberg „Interessengemeinschaft“ ist keinesfalls unvermeidlich oder offensichtlich. Ein starkes, unabhängiges Europa ist ein Ding, die Umwandlung Westeuropas in ein Aufmarschgebiet, von dem aus die amerikanischen Truppen die Sowjetunion angreifen können, und das unter Umständen bis auf einige Luftstützpunkte aufgegeben werden kann, ist etwas ganz anderes. Nicht nur Norwegen, sondern auch die anderen Länder müssen sich die Aussichten sorgfältig überlegen, bevor sie sich darüber entscheiden, ob ihre Sicherheit dadurch gefördert wird, daß der Atlantikpakt ausgedehnt wird, dessen defensiver Charakter im selben Verhältnis abnimmt, wie sein Abweichen von einem strikten Regionalismus zunimmt. ...

„New Statesman and Nation“

Exportieren oder sterben
Im Zusammenhang mit den Diskussionen um das Thema „Fairness im Außenhandel“ sind Ausführungen von Interesse, die Marguerite Higgins in der „New York Herald Tribune“ vom 8. Februar veröffentlicht hat. ... Ein hoher britischer Beamter in Düsseldorf habe Marguerite Higgins gegenüber sich wie folgt geäußert: „Es ist wahr, daß das Schlagwort „Exportieren oder sterben“ sowohl für England als auch für Deutschland gilt. Unser Standpunkt geht aber dahin, daß wenn jemand in dem kommenden Kampf um den Weltmarkt sterben muß, es die Deutschen sein werden. Schließlich hat England seine Hilfswaffen in einem Kriege erschöpft, der von den Deut-

schen begonnen worden ist. Wir fühlen uns berechtigt, die Früchte des Sieges zu verlangen. England wird eine ausreichende Vorrangstellung auf den Weltmärkten verlangen, um den Erfolg seines eigenen Kampfes um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern — eines Kampfes in dem vom britischen Volk ein viel größeres Maß von Selbstdisziplin verlangt wurde, als es jemals von den Deutschen verlangt worden ist.“

Wirtschafts- und Finanz-Zeitung, Frankfurt

Ruhrbehörde kann die ganze deutsche Wirtschaft kontrollieren

In einer solchen Behörde, die so einseitig zusammengesetzt ist, wird die Stimme eines deutschen Vertreters kaum berücksichtigt werden, er wird nur die Rolle eines Statisten übernehmen können. Wie die deutschen Bedürfnisse dabei berücksichtigt werden, beweist am besten der Inhalt dieses Rührstatuts. Die Ruhrbehörde kann nach Artikel 15 die ganze Wirtschaft kontrollieren, sie kann auch Maßnahmen, Abmachungen oder ein bestimmtes Vorgehen, das die Bewegung der Kohle, des Kokes und des Stahls betrifft, wenn der Weltmarkt beeinträchtigt wird, anordnen, daß derartige deutsche wirtschaftliche Vereinbarungen abgeändert oder aufgehoben werden. Man wird also den deutschen Außenhandel nur bedingt zulassen, das heißt, man fürchtet die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt, und man bindet uns an ein ständiges Abhängigkeitsverhältnis zu den Besatzungsmächten. Der Wirtschaftszustand, in dem wir uns jetzt befinden, würde sich nicht wesentlich ändern, und dabei würde die Lebensexistenz der deutschen Arbeitnehmerschaft in starkem Maße in Mitleidenschaft kommen.

Der Stuttgarter Metallarbeiter

Randglossen

Dem Verdienste seine Gnaden

Der SS-Oberführer Siekmaier, stellv. Gauleiter von Thüringen und Kommissar der Ukraine, ist durch Ministerpräsident Maier begnadigt und aus dem Interniertenlager Ludwigsburg entlassen worden. Die Erklärung, die Ministerpräsident Maier im Landtag zu diesem ungläubigen Fall gab, erscheint fast noch provozierender für das Rechtsempfinden in einer wahren Demokratie als der Vorgang selbst. Siekmaier ist nicht nur im Lager durch sein freches Verhalten aufgefallen, er war auch einmal entflohen und außerdem war ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig, weil Siekmaier als Generalkommissar der Ukraine Schleichungen begangen haben soll. Als Grund für eine Begnadigung Siekmaiers gab Ministerpräsident Maier die „verzweifelte finanzielle Lage“ der Familie Siekmaiers an. Ist dem Herrn Ministerpräsident die verzweifelte finanzielle Lage der Tausende und aber tausenden Familien nicht bekannt, die im Krieg ihren Ernährer verloren haben, die vertrieben sind und in das tiefste Elend gestoßen wurden durch das blutbefleckte, grausame System, dessen so prominenter und mächtiger Vertreter der stellv. Gauleiter und Generalkommissar Siekmaier war? Und es darf doch bestimmt angenommen werden, daß es im Krieg, als tausende Familien in bitterster Not und Entbehrung leben mußten, der Familie des Herrn Generalkommissars bestimmt in jeder Hinsicht weit besser ergangen ist. Damit aber auch das Satyrspiel zu diesem skandalösen Fall nicht fehle, so weiß der „Mannheimer Morgen“ zu berichten, daß die Begnadigung Siekmaiers auf Verwendung des Bruders Siekmaiers bei Ministerpräsident Maier erfolgt sein soll, und dieser Bruder Siekmaiers sei ein „Politiker der SPD“. Wenn das wahr sein sollte, dann wäre die „große Anfrage“ der SPD im Landtag wegen Siekmaier allerdings, gelinde gesagt, ein schlechter Witz.

Dem Reichen das Fleisch, dem Arbeiter der Geschmack

Der Kampf um die Freigabe des Fleisches ist in vollem Gange. Daß nach der Aufhebung der Fleischbewirtschaftung die Fleischpreise sprunghaft ansteigen und sich den Schwarzmarktpreisen angleichen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit den Eiern mit Sicherheit zu erwarten. Für den Arbeiter wird es dann kein Fleisch mehr geben, aber die Helfer in der Not stehen schon bereit und verheißt dem Arbeiter sogar die doppelte „Fleischration“. Es handelt sich nämlich, wie der stellv. Leiter des Zweimächte-Ernährungsamtes, Mr. Garnett, mitteilt, um einen Fleischersatz, dem man den Geschmack von Schweinefleisch, Hammelfleisch oder Geflügel verleihen kann. Der Preis würde sich auf 0,90 bis 0,95 Pfennig pro Pfund stellen. Auch einen hochwertigen Milchersatz, ein „erstklassiges Produkt“, hat Mr. Garnett anzupreisen. Die Kinder würden bei diesem Ersatz genau so gedeihen wie bei der Ernährung mit richtiger Milch. Somit wäre das Problem der „Preisschere“ zwischen Industrie- und Agrarprodukten bestens gelöst und eine Erhöhung der Arbeiterlöhne vermeldbar. Die Profitmacher haben dann unbegrenzte Mengen Fleisch für 3.— DM das Pfund und die Arbeiter haben für nur 0,90 das Pfund dem — Fleischgeschmack! Jedem das Seine, so wie es sich in der freien Wirtschaft gehört.

Der Zauberkreis des Herrn Erhard

Nachdem die verapochene Angleichung der Preise an die geringe Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten bisher nicht erreicht wurde und das arbeitende Volk sich auch durch den Propagandarammel mit dem angeblichen Preissturz nicht trüben ließ, andersseits aber die Vorgänge in Bayern und die in den letzten Tagen innerhalb der Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse und vorgenommenen Abstimmungen den Wirtschaftsdiktatoren und den Unternehmern den Ernst der Lage deutlich machten, mehrten sich in der Lizenzpresse die geradezu beschwörenden Artikel, doch ja nicht durch Lohnerhöhungen den Arbeitsfrieden und den Genußsüßerprozeß der deutschen Wirtschaft zu stören. Begründung: „Weil im augenblicklichen Zeitpunkt der Abschwemmungen und wachsenden Arbeitslosigkeit große Arbeitskonflikte nicht zu übersehender Gefahr für die günstige Wirtschaftsentwicklung nach der Geldreform in sich schließen“. Auch an versteckten Drohungen fehlt es nicht, wenn z. B. unter Hinweis auf die von Unternehmern in Bayern verfügte Aussperrung angedeutet wird, daß auch in den Vereinigten Staaten die Unternehmer es gern auf einen Streik ankommen ließen, wenn es ihnen „aus Konjunkturgründen durchaus genehm“ war. Die von mehreren großen Firmen beim Landesarbeitsamt für Württemberg-Baden angekündigten umfangreichen Entlassungen sind ganz in diesem Sinne zu deuten, die Absicht erkennen, daß die bis jetzt von den Unternehmern durch Wucherpreise erzielte „günstige Wirtschaftsentwicklung“ nunmehr durch Entlassungen auch weiterhin auf Kosten der Arbeiter erhalten werden soll. Argus

Was ist und wo steht die SPD

Im Hinblick auf die bevorstehende Parteidelegierten-Konferenz der KPD in Solingen am 8. und 9. März 1949 hat der nachstehende Artikel des Genossen Fred Oelßner seine besondere Bedeutung.

Die gemeinsame Niederlage im Jahre 1933 und die gemeinsam erduldeten Leiden während der faschistischen Diktatur ließen die Hoffnung aufkommen, daß die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung nach der furchtbaren historischen Lehre des Nazismus überwunden würde. Tatsächlich wurden auch nach dem Zusammenbruch in beiden Parteien Anstrengungen gemacht, eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Wenn diese Anstrengungen nur in einem Teil Deutschlands, in der Sowjetischen Besatzungszone und teilweise in Berlin, zum Erfolg führten, so hat dies im wesentlichen zwei Ursachen. Erstens war es der Einfluß westlicher Kreise. Da eine einheitliche deutsche Arbeiterbewegung ihren Interessen widersprach, mischten sie sich in das innere Partieleben ein und verhinderten in ihrem Einflußbereich die Vereinigung von SPD und KPD. Zweitens wurde die SPD im Westen infolge der mangelnden Entnazifizierung in bedeutendem Maße zum Sammelbecken antisozialistischer, arbeitfeindlicher Elemente. Leute, die während der Hitlerdiktatur sich in öffentlichen oder geschäftlichen Positionen verkrönten hatten, die zum Teil das nazistische Regime aktiv unterstützt hatten, gewannen zusammen mit von den Geheimdiensten imperialistischer Mächte geschulten Agenten immer mehr die Oberhand in der Führung der westlichen Sozialdemokratie und bestimmten deren Politik. Daß diese Leute erklärte Feinde der Einheit im sozialistischen Lager sind, versteht sich von selbst. Aus dieser Entwicklung ist aber der gegenwärtige Charakter und Standpunkt der SPD zu begreifen.

1. Die SPD ist keine sozialistische Partei

Es wird häufig von einem Revisionismus oder Neorevisionismus der SPD-Theoretiker gesprochen. Das ist zumindest ungenau. Als Bernstein vor fünfzig Jahren den Versuch machte, den Marxismus zu revidieren, ging er vom Boden des Marxismus aus und versuchte, ihn vom Standpunkt der bürgerlichen Wissenschaft zu revidieren. Niemand konnte aber Bernstein den Vorwurf machen, daß er selbst den Marxismus nicht kenne. Mit den „Theoretikern“ der heutigen SPD steht es ganz anders. Die Klaus-Peter Schulz, Gerhard Weißer usw. haben den Marxismus nie gekannt. Schon gar nicht davon zu reden, daß sie von der Weiterentwicklung der marxistischen Theorie im 20. Jahrhundert durch Lenin und Stalin auch nicht die leiseste Ahnung haben.

Nun mündet die Theorie des Marxismus-Leninismus aber in der Lehre, daß die Arbeiterklasse die politische Herrschaft erobert, um mit ihrer Hilfe die Produktionsmittel in die Hände der Allgemeinheit, d. h. des proletarischen Staates, zu überführen und dadurch die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft einzuleiten. Marx und Engels maßen dieser Quintessenz ihrer Theorie solche Bedeutung zu, daß sie vor hundert Jahren im „Kommunistischen Manifest“ schrieben: „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck „Aufhebung des Privateigentums“ zusammenfassen.“ Diese Frage des Eigentums war stets das grundlegende Unterscheidungsmerkmal zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und den verschiedenen bürgerlichen „Sozialismen“.

Die heutige SPD hat diesen Standpunkt völlig verlassen. Der „Sozialismus“, den sie propagiert, unterscheidet sich grundsätzlich

in keiner Weise von den verschiedenen auchsozialistischen Auffassungen bürgerlicher Parteien. In der auf dem Parteitag 1946 in Hannover angenommenen „Kundgebung“ hieß es:

„Es gibt keine sozialistische Gesellschaft ohne die mannigfaltigsten Betriebsarten und Formen der Produktion. Der Sozialismus will so viel wirtschaftliche Selbstverwaltung wie möglich, unter stärkerer Beteiligung (!) der Arbeiter (!) und Verbraucher.“

Dieser „Sozialismus“ ist eine der vielen bürgerlichen Abarten des „Sozialismus“, wie sie von Marx und Engels vor hundert Jahren kritisiert wurden und wie wir sie in jüngster Zeit im „Nationalsozialismus“ und später im „christlichen Sozialismus“ kennengelernt haben. Das Gemeinsame aller dieser verschiedenen „Sozialismen“ besteht darin, daß sie keine grundlegende klassenmäßige Aenderung der Eigentumsform erstreben.

2. Die SPD ist keine Arbeiterpartei

Wenn man den Charakter einer politischen Partei nach ihrer sozialen Zusammensetzung bestimmt, so kann natürlich nicht bestritten werden, daß in der SPD zahlreiche Arbeiter organisiert sind. Sicher bedeutend mehr als in anderen bürgerlichen Parteien. Aber auch in der CDU gibt es zahlreiche Arbeitermitglieder, und doch wird es keinem Marxisten einfallen, die CDU als eine Arbeiterpartei zu bezeichnen. Der Marxist nennt eine solche Partei Arbeiterpartei, die sowohl in den Tagesfragen als auch in ihren grundsätzlichen Zielen den Interessen der Arbeiterklasse dient. Was das grundsätzliche Ziel betrifft, habe ich schon gezeigt, daß die SPD nicht den von Marx und Engels begründeten proletarischen Sozialismus vertritt, sondern einen bürgerlichen Pseudosozialismus. Aber auch in den Gegenwartsfragen der deutschen Arbeiterbewegung dient die Politik der SPD-Führung ausschließlich den Interessen der

Bourgeoisie, genauer, den Interessen des Monopolkapitals. Das Hauptziel der sozialdemokratischen Politik ist die Erhaltung und Vertiefung der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Eine geschwächte Arbeiterklasse ist nicht in der Lage, die Macht der Monopolkapitalisten und Junker zu brechen und sich das vollständige demokratische Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen. Das heißt, dem Monopolkapital drohte nach dem Zusammenbruch 1945 keine größere Gefahr als die Einheit der Arbeiterklasse. Die rechten sozialdemokratischen Führer, die die Einheit auf marxistischer Grundlage im Westen verhindert haben, retteten damit noch einmal — wie 1918/19 — das Junkertum und den Monopolkapitalismus vor der Vernichtung. Heute vergießen diese sozialdemokratischen Führer manchmal Krocodilestränen, daß im Westen weder eine Bodenreform noch eine „Sozialisierung“ durchgeführt wurde. Die Schuld für diese historische Versäumnisse liegt jedoch in allererster Linie bei ihnen selbst!

Die auf die Schwächung der Arbeiterklasse gerichtete Grundlinie der sozialdemokratischen Politik treibt sie immer mehr ins Fahrwasser der bürgerlichen Parteien und führt sogar dazu, daß sie diese an Arbeiterfeindlichkeit nicht selten weit übertrifft. Das findet seinen Ausdruck vor allem im Kampfe der SPD-Führung gegen die Bewegung für Einheit und gerechten Frieden. Es ist eine selbst von den SPD-Führern unbestrittene Tatsache, daß die Spaltung Deutschlands den Interessen der deutschen Arbeiterschaft widerspricht. Ueber Parteien und Konfessionen hinweg haben daher besonders die deutschen Arbeiter ihre Stimme für die Einheit Deutschlands erhoben. Sie sind überall in Deutschland die führende Kraft in der Bewegung für Einheit und gerechten Frieden. Aber keine Partei hetzt in so niederträchtiger und gemeiner Weise diese Bewegung, keine Partei verfolgt die Anhänger dieser Bewegung in ihren Reihen

mit solcher Brutalität wie die Schumacher-Partei.

3. Imperialistische Spionageagenturen

Der politische Standort der SPD-Führung hat dazu geführt, daß gewisse Führer dieser Partei in ihrem blinden Haß gegen die Sowjetunion direkte Agenten des imperialistischen Spionagedienstes wurden, wie das Geständnis des früheren Mitgliebes des Zentralvorstandes der SPD, Wilhelm Lohrenz, enthüllt hat. Das Geschrei, das die SPD-Presse anläßlich dieses Geständnisses erhob, ist völlig deplaciert. Denn der Fall des Wilhelm Lohrenz ist nicht eine von der Regel abweichende Ausnahme, sondern die logische Konsequenz aus der von den sozialdemokratischen Führern betriebenen Hetze gegen die Sowjetunion.

Die Gefährlichkeit dieser Politik besteht darin, daß sie sich infolge der Verschüttung des Klassenbewußtseins in zwölf Jahren Nazidiktatur mit „sozialistischer“ Phrasologie tarnen kann, ohne daß die irreführenden Arbeiter den Betrug durchschauen. Wenn ein Mann, der im Kriege Hitlers „Sozialordnung“ pries, heute den Marshall-Plan als eine sozialistischem Denken entsprungene Maßnahme preisen kann, ohne den Protest seiner sozialdemokratischen Genossen zu entfachen, so zeigt dies, wie sehr die sozialdemokratische Agitation auf dem von Goebbels beackerten Boden weiterbauen kann. Andererseits darf man auch nicht übersehen, daß innerhalb der sozialdemokratischen Massen die Unzufriedenheit mit der offen reaktionären Politik der SPD-Führer wächst. Daraus ergibt sich für die wirklichen Sozialisten die Aufgabe, in beharrlicher Aufklärungsarbeit die antisozialistische und arbeitfeindliche Politik der SPD-Führer zu entlarven und die von ihnen irreführenden Arbeiter für den wissenschaftlichen Sozialismus zu gewinnen.

Fred Oelßner

„Kinder und Narren“

Es gibt ein altes Sprichwort: „Kinder und Narren sagen die Wahrheit“. Die „Narren“ hatten in den vergangenen Wochen das Wort. Bekanntlich regieren sie in der Fastenzeit. Diesmal hatten sie es leicht, aber auch schwer. Leicht, weil die „narrische“ Wahrheit einfach vielfach wirkliche Wahrheit ist. Schwer, weil Nicht-Narren, Fachleute und sogar noch „größeres Getier“ oft in dem, was sie tun, sich von Narren nicht unterscheiden. Die Prinzengarde des Karnevals mußte sich gegenüber einer gefährlichen Konkurrenz behaupten.

Vielleicht haben wir uns noch nicht genügend verständlich gemacht. Wir suchen deshalb unsere Zuflucht beim Beispiel. Wir nehmen das von dem armen „Jedermann“. Der unglückselige Teufel war die ewig wiederkehrende Spottfigur und jedem Büttnerredner wäre es als große Sünde erschienen, aus der „Bütt“ zu steigen, ohne ihn nicht durchgehelt zu haben. Dem armen „Jedermann“ hat das noch nicht einmal wehe getan. Wenn aber die Frankfurter Konkurrenz der Büttnerredner den armen „Jedermann“ im Munde führt, hört es sich auch nicht an, man fühlt auch dann das Gespött, aber dahinter steht für den „Jedermann“ eine Wirklichkeit, die bitter ist: Hohe Preise und verflucht niedrige Löhne. WG.

Nur ein Tropfen...

Die Nachricht, daß in Württemberg-Baden 60 Millionen D-Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, haben sicher nicht wenige mit Freude vernommen. Es gibt so viele Tausende, die in den drückendsten Wohnungsverhältnissen leben und die begierig Ausschau halten nach Zeichen, die eine Wendung zum Besseren verkünden. Sechzig Millionen D-Mark, keine kleine Summe und doch: Ist es mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein? Wenn wir die Zahl ins Leben übersetzen, dann ist es nicht mehr als ein Tropfen.

Zuvor aber eines, das wir nicht vergessen wollen. Regierung und Landtag hatten 1947 bereits einmal Gelder zur Förderung des Wohnungsbaues bewilligt. Praktisch sind bis zur Währungsreform damals im ganzen etwa fünf Millionen R-Mark ausgegeben worden. Der Finanzminister zahlte nicht mehr, weil er einfach dafür kein Geld hatte. Hoffen wir, dieses Mal nicht nur von den 60 Millionen zu hören, daß sie genehmigt sind, sondern daß sie auch ausgegeben werden.

Unterstellen wir: die 60 Millionen kommen zur Auszahlung. Sie verteilen sich auf das ganze Land. Ohne die Möglichkeiten der Verteilung zu erörtern, wollen wir dabei Mannheim ins Auge fassen. Mannheim ist an dem Gesamtschaden in Württemberg-Baden mit 12 Prozent beteiligt. Nehmen wir an, entsprechend der Größe dieses Schadens würde der Anteil Mannheims an den sechzig Millionen Mark bemessen. Mannheim würde so in den Besitz eines Zuschusses von sieben Millionen Mark kommen. Voraussichtlich erfolgt die Verteilung der Zuschüsse für Wohnungsbau aber nach der Kopfzahl der Bevölkerung. Damit wird für Mannheim das Bild ungünstiger. Rechnen wir aber, es werden immerhin noch fünf Millionen Mark bleiben, die dem Mannheimer Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Was bedeuten fünf Millionen umgesetzt in Wohnungen bei dem heute geltenden Bauindex?

Eine Zweizimmerwohnung kommt in ihren Herstellungskosten auf 10 000 bis 12 000 Mark. Günstigenfalls können also rund 500 Wohnungen damit erstellt werden. 500 Wohnungen zu bauen war das Ziel des im letzten Jahr verkündeten städtischen Bauprogrammes, das nach der ursprünglichen Planung längst fertig gestellt sein mußte. Demnach sollen aus diesem Programm etwa 120 Wohnungen fertig werden.

Um 500 Wohnungen mehr durch staatlichen Zuschuß können wir in Mannheim froh sein. Die Zahl aber in Vergleich gesetzt zu den unbewohnbaren und zerstörten Wohnungen Mannheims ergibt nur einen sehr kleinen Bruchteil. Ungefähr 35 000 Wohnungen sind in Mannheim zerstört. 500 ist ein Siebzigstel davon, das ersetzt werden kann. Wie groß das Ausmaß der Zerstörung ist und damit die Wohnungsnot, erhellt sich aus der Tatsache, daß im Ganzen rund gerechnet in Mannheim 52 000 Wohnungen bewohnt sind.

Über die Größe der durch den staatlichen Wohnungsbauzuschuß gegebenen Möglichkeiten gibt uns ein anderer Vergleich Aufschluß. Die Besatzungsmacht und UNRA dürften in Mannheim an die 900 bis 1000 Wohnungen im Besitz haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Wohnungen durchschnittlich mehr als drei Zimmer umfassen. In Zweizimmerwohnungen umgerechnet ist es bestimmt nicht zu hoch gegriffen, wenn wir etwa 2000 Zweizimmerwohnungen annehmen, die uns für Besatzungszwecke verloren gehen, während der Zuschuß uns nur den Bau von rund 500 Zweizimmerwohnungen gestattet wird. Von einem Tropfen auf einen heißen Stein zu reden, ist angesichts dieser Tatsachen keine Übertreibung.

Es ist klar, daß der staatliche Zuschuß zu anderen Baugebern kommt und wir bei unseren Vergleichen nicht die gesamte Wohnbautätigkeit einer Beurteilung unterzogen haben.

In diesem Zusammenhang ist eine andere Frage aufgeworfen: Warum ist der Bauindex so riesig hoch? Muß er die Höhe von 350 haben? Die Löhne der Ziegeler- und Bauarbeiter haben eine gleiche Aufwärtsbewegung nicht mitgemacht. Das Rohmaterial der Zementwerke und Ziegeleien ist auch nicht teurer geworden. Es bleibt also nur die Erhöhung der Grundstoffpreise für Kohle und Eisen bestehen, die eine Steigerung der Betriebskosten für Kohle, Strom und Investitionen bedingen. Beträgt diese Steigerung 350 Prozent? Das wird kein Mensch auch nur entfernt behaupten wollen.

Wenn auf einem Gebiet ein unmittelbares Interesse zur Ueberführung der Privatbetriebe in Gemeinbesitz besteht, dann in der Baustoffindustrie. Damit würden dem Wohnungsbau auf einen Schlag hunderte von Millionen Mark ohne jede Problematik zugeführt, einfach durch die Tatsache, daß dann der Bauindex von 350 gut und gern

Rund um den Preissenkungsschwindel

Was soll mit dem Märchen über das „Fallen der Preise“ erreicht werden?

Nichts als Propaganda!

Die Propagandawalze läuft auf hohen Touren! Daß Teile der Arbeiterschaft sich gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenshaltung und Senkung ihres Reallohnes tatkräftig rührten, hat verursacht, daß in allen Tonarten und Lautstärken das Lied von der Preissenkung noch mehr als bisher gesungen wird. Dem schaffenden Volk soll weisgemacht werden, daß die Preise sinken und noch weiter sinken würden und daß dies einen „beachtlichen Beginn der Realloohnerhöhung“ bedeute. Beigefügt wird, daß der Kampf um höhere Löhne um alles in der Welt vermieden werden müsse, weil dadurch die „begonnene Stabilisierung“ gefährdet wäre. Man tut so, als ob die Arbeiterschaft dem Unterernährer Dank und Anerkennung schulde, daß es etwas für sie tue, wenn es in Inseraten und Schaufensterreklamen großspurig eine Preissenkung verkündigt. Das Ganze ist ein aufgelegter Schwindel. Er bleibt es auch, wenn der Preisindex im Januar von 189,5 auf 189,3 zurückgegangen ist. Unterstellen wir, es hat mit dem Preisindex seine Richtigkeit. Was ist das aber, daß bei rund 190 Mark, die einem durchschnittlichen Monatseinkommen nach allen Abzügen entsprechen, für ganze 20 Pfennige mehr gekauft werden kann? Praktisch bedeutet das gar nichts.

Die Wirklichkeit spottet der Propaganda

General Clay nahm das Sinken um 0,2 zum Anlaß, die Feststellung von einem „leichten, aber sehr bedeutsamen Preisrückgang“ zu machen. Prof. Erhard und seine Nutznießer aus Industrie und Handel stehen ihm im Lob einer angeblichen Entwicklung von Wirtschaft und Handel, die einen starken Preisrückgang bringe, nicht nach. Presse, Rundfunk, alles ist bemüht zu suggerieren, daß es so sei, wie die Nutznießer der hohen Preise behaupten. Wenn es wäre, wie sie vorgeben, hätte das Fallen der Preise hörbare Plumpser gemacht. Aber es ist nicht so. Und was der Schaffende täglich als Wirklichkeit erleben muß, was ihn mehr und mehr zur Überzeugung von der Richtigkeit des Kampfes um Lohnerhöhung brachte, reden ihm keine noch so gewandten Federfuchser und Schönredner aus.

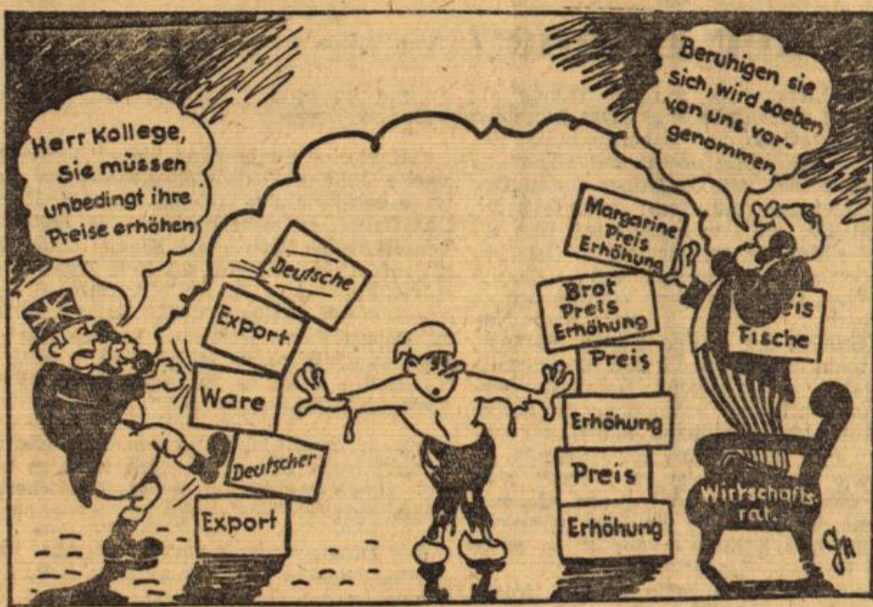
„Vor schweren Lohnkämpfen!“

Die Kehrseite der durchsichtigen Zweckpropaganda über die Preissenkung, ist nicht zu übersehen. „Wir haben unsere Pflicht getan! Wir haben die Preise gesenkt!“ Soll es verwundern, wenn dann die Unternehmer von der Arbeiterschaft fordern, daß nun sie an der Reihe sei, durch längere Arbeitszeit, verschärftes Arbeitstempo, Mit-hilfe bei der Rationalisierung den fehlenden „kleinen Rest“ dazu beizutragen, der nötig ist zur „Gesundung“ der Wirtschaft und zur

Erhöhung ihres Realeinkommens? Es ist für die Strategen der hohen Preise, die nur propagandistisch in Preissenkung machen, bitter, erfahren zu müssen, daß auf ihre Leimrute niemand mehr kriecht. Die Metallarbeiter von Bayern haben ein Beispiel geliefert, das ihnen mit Recht wehe tut. Auch in den Gewerkschaftskreisen Württemberg-Badens beginnt es zu dämmern, wie notwendig es ist, der „festgelegten Marschrouten“ der Industrieherrn einen Damm entgegenzusetzen. In der letzten Nummer der „Gewerkschaftszeitung“ heißt es im Leitartikel: „Vor schweren Lohnkämpfen“ zum Schluß: „Die Arbeiterschaft wird in der ihr zugeordneten Rolle (des Hungerns zu Gunsten der Profitgier der Fabrikanten und Großhändler) sich nicht abfinden! Sie stellt ihre Forderungen! Sie verlangt die Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten! Lehnen die Unternehmer ihre Forderungen ab, dann wird es überall zu schweren Lohnkämpfen kommen!“

Der Arbeiterhaushalt kennt keine Artikel, wo die Preise gefallen sind

Die Preissenkungen, über die so triumphierend berichtet wird, nützen der breiten Masse des Volkes gar nichts. Ob Luxuswaren billiger geworden sind oder nicht ist ohne Einfluß auf die Lebenshaltung des Arbeiters. Er denkt nicht an Pelzmäntel und Gesellschaftsroben. Er braucht Wäsche und Unterwäsche. Das ist das Nötigste. Er denkt noch gar nicht an einen Sonntagsanzug, an einen Mantel oder einen Hut. Er kennt die Preise und weiß, daß es sinnlos ist einem Wunsche nachzugehen, der bei seinem Verdienst nicht erfüllbar ist. Er weiß wie sehr sein Realeinkommen durch das Hochklettern der Preise selbst bei einigen Prozent Erhöhung seines Nominallohnes, gesunken ist. Er weiß noch sehr genau, wie die Preise am Tage X gelegen sind und wie sie heute stehen. Um den Schwindel von der „marschierenden Preissenkung“ zu durchschauen, bedarf er noch nicht einmal höherer Mathematik. Hat er in den Tagen der Währungsreform einen Mantel für 80,- Mark bekommen, dann muß er heute 130,- Mark zahlen und Schuhe, die damals 18,50 Mark kosteten, für die werden heute rund 10,- Mark mehr verlangt. Bei den Lebensmitteln gibt es aber kaum einen Artikel, bei dem es im Grunde nicht das gleiche ist. Vor der Währungsreform kostete 1 Pfund Leberwurst 0,80 bis 1,- Mark. Jetzt ist ihr Preis doppelt so hoch. Der Preis von Rindfleisch ist von 1,- Mark bis auf 1,45 Mark pro Pfund gestiegen. Die Preissteigerung bei Limburger Käse beträgt bis heute 70, die bei Emmentaler Käse



Man scheint in Frankfurt die Stimme des Auslandes mißverstanden zu haben

Schamlose Bauunternehmer

Die Hälfte des Urlaubsgeldes von 10 auf 1 abgewertet. — Landesarbeitsgericht besteht auf voller Zahlung

Ein Teil der Mannheimer Baufirmen haben es fertig gebracht, das Urlaubsgeld ihrer Arbeiter aus dem Jahre 1948 für die Monate Januar bis Juni im Verhältnis 10 zu 1 abzuwerten. Unter diesen geschäftstüchtigen Arbeitgebern befand sich auch die Baufirma „Vatter“ Mannheim. Mit einem Urteil des Mannheimer Arbeitsgerichtes vom 5. November 1948, in welchem der Rechtsanspruch auf DM-Auszahlung festgestellt worden war, wollte sich die Firma nicht zufrieden geben, so daß das Landesarbeitsgericht am 25. Februar nochmals in der Sache Stellung nehmen mußte. Das Landesarbeitsgericht bestätigte das erste Urteil, so daß nunmehr die Arbeitgeber verpflichtet sind, das Urlaubsgeld für die Zeit vor der Währungsreform in voller Höhe in D-Mark auszubahlen. Der Industrieverband Steine und Erden, Ortsverwaltung Mannheim, weist darauf hin, daß die entsprechenden Forderungen bei den Arbeitgebern angemeldet werden müssen.

Der Urlaubsanspruch, sowie die Höhe des Urlaubsgeldes beträgt im Baugeberbe für das Jahr 1948:

| Arbeitsstage | Urlaubsgeld d. Bruttolohnes |
|--|-----------------------------|
| Jugendliche unter 18 Jahren | 24 |
| sow. 8% Urlaubsgeld d. Bruttolohnes | |
| Arbeitnehmer über 18 Jahre | 12 |
| u. 4% Urlaubsgeld d. Bruttolohnes nach fünfjähr. Betriebszugehörigkeit | 15 |
| u. 5% Urlaubsgeld d. Bruttolohnes nach zehnjähr. Betriebszugehörigkeit | 18 |
| u. 6% Urlaubsgeld d. Bruttolohnes | |

Die Industriegruppe „Bau, Steine und Erden“, Mannheim, L. 4, 15 (Zimmer 8) erteilt in Zweifelsfällen nähere Auskunft.

Tariflöhne sind Mindestlöhne

Die Firma Blauth, Autoreparaturwerkstätte in Mannheim, ist auch der Meinung, daß sie Tariflöhne nicht zu zahlen braucht.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Keine Sorge: Schuhe gibt es auch ohne Punkte

Ihr Artikel „Wo sie der Schuh drückt“ hat mich über einen Punkt nachdenken lassen. Die „Abschaffung des Zwanges der Punkteabgabe“ eine Auffassung, die sich auch die „Verwaltung der Wirtschaft“ zu eigen gemacht hat, ist als Ziel des Schuhhandels bestimmt nicht zu bestreiten. Als ich diese Feststellungen las, hielt ich mir aber vor Augen, wie es praktisch heute längst ist. Es gibt genügend Geschäfte in Mannheim, wo man Schuhe kaufen kann, so viel man will, ohne daß die Frage der Punkte eine Rolle dabei spielt. Ob mit oder ohne Punkte, macht auch kaum im Preis etwas aus. Wenn der Schuhhandel also einen Druck ausübt, die Punkteabgabe zu Fall zu

bringen, dann wohl nicht deshalb, weil diese praktisch noch eine hindernde Fessel wäre. Der Schuhhandel zieht ganz einfach an dem Strick, an dem alle Unternehmer ziehen. Sie sind grundsätzlich gegen jede Bewirtschaftung. Wenn sie sich heute längst nicht mehr stören um die Punkteabgabe, die Abschaffung aber trotzdem fordern, dann hauptsächlich, um aus dem Zwielicht des Halbgelien herauszukommen und „ruhigeren Gewissens“ ihre Jagd nach Gewinn durchführen zu können. Wenn der Absatz im Schuhhandel zurückgegangen ist, dann deshalb, weil die große Masse bei ihrem Lohn- und Gehaltseinkommen nicht genügend Kaufkraft verfügt, das zahlungskräftige Publikum sich aber längst ausreißend und gut eingedeckt hat. Es ist dabei nicht über die Punkteabgabe gestolpert.

L. K. Mannheim.

Lastenausgleich auch für Währungsgewinnler?

Viele Unternehmer haben es schon möglich machen können, ihre durch Bomben ganz oder teilweise zerstörten Betriebsgrundstücke wieder aufzubauen und sehr reichlich mit Maschinen und sonstigen Anlagegütern auszustatten. Aus ihrem zusammengestrichenen „Geldguthaben“ konnten sie dies nicht machen. Die enormen, oft mühevollen Gewinne, die sie vor und besonders nach der Währungsreform erzielt haben, sind die Quellen, die ihnen die Mittel für diesen Aufbau lieferten. Es gibt wohl sicher Unternehmer, die in dem halben Jahr nach der Währungsreform mehr verdient haben, als sie in den günstigsten Jahren, z. B. während der Hitlerzeit, verdienen konnten.

Ab 1. Januar 1949 sind für die Forstarbeiter zwischen der Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und der Forstdirektion Karlsruhe folgende Grundlöhne vereinbart worden:

| Lohngruppe | Ia | | II | |
|--------------------------|------|------|------|------|
| | Dpf. | Dpf. | Dpf. | Dpf. |
| Arbeiter über 20 Jahre | 105 | 100 | 95 | |
| Arbeiter über 18 Jahre | 89 | 85 | 81 | |
| Arbeiter über 16 Jahre | 68 | 65 | 62 | |
| Arbeiter über 14 Jahre | 58 | 55 | 52 | |
| Arbeiterinnen über 18 J. | 74 | 70 | 66 | |
| Arbeiterinnen über 16 J. | 63 | 60 | 57 | |
| Arbeiterinnen über 14 J. | 52 | 50 | 47 | |

Der Stundenlohn für männliche Arbeiter über 20 Jahre betrug bisher: Ortsklasse Ia 95, Klasse I 85, Klasse II 75 Pf.

Für dieselbe Zeit werden die Stücklöhne in der Ortsklasse I um 5 Prozent und in der Ortsklasse II um 10 Prozent erhöht.

Weiter warten...

Auf eine Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion, was geschehen sei, um den bereits vor zweieinhalb Monaten gefaßten Beschluß, die Fürsorgeeinzele des erhöhten Lebenslohnes anzupassen zu verwirklichen, konnte Innenminister Ulrich keine befriedigende Antwort geben. Er wiederholte, daß noch darüber beraten werde und daß man hoffe, bald eine Regelung zu finden.

Es erhebt sich die Frage: Soll Unternehmern, die mit Hilfe ihrer durch die Mangellage bedingten außergewöhnlichen Gewinne ihre Kriegsschäden beseitigen konnten, durch den Lastenausgleich auch noch eine besondere Entschädigung gewährt werden? Alle Gewinne kommen von der Allgemeinheit. Wenn aber diese Allgemeinheit schon große Opfer gebracht hat, kann man von ihr dann noch verlangen, daß sie den großen Verdienern an der Not des Volkes außerdem eine besondere Entschädigung für die Schäden gibt, die durch Leistungen der Allgemeinheit schon behoben werden konnten? Jeder vernünftig und gerecht Denkende muß diese Frage verneinen.

Schließt man von dem Lastenausgleich die aus, die „aus eigener Kraft“ und durch die Gunst der Verhältnisse ihren Schaden beseitigen konnten, so wird man denen, die sich selbst helfen können, um so mehr zuwenden können.

Der Lastenausgleich für die Armen und Bedürftigen wird auch noch dadurch verbessert werden können, daß man endlich gegen die Steuersünder, zu denen mancher Währungsgewinnler zählen wird, rigoros vorgeht. Worte sind genug gewechselt, Taten müssen endlich sichtbar werden. Steueranliegen machen nicht steuerehrlicher, sie belohnen die Unehrlichen aber für ihren Betrug an der Allgemeinheit und bestrafen damit die Steuerehrlichkeit. Nur rigorose Strafen können den böswilligen Steuersünder zur Erfüllung der Pflicht bringen, die er gegenüber der Allgemeinheit hat. Ausgiebige und spürbare Strafen sind das einzige Erziehungsmittel für solche Leute.

E. K., Ziegelhausen

58 Prozent. An diesem Ergebnis ändert sich gar nichts, das besteht auch wenn zwischen herein der Preis in dem einen oder anderen Falle noch höher gewesen ist. Von „Preissturz“ zu sprechen ist ein Unfug, wenn die Preise durchschnittlich 60 und 70 Prozent nach dem „verkündeten Sturz“ über der Höhe dessen liegen, was an den Tagen der Währungsreform norm gewesen ist.

Verteuerung auch gegenüber dem Vormonat

Es gibt eine ganze Reihe von Lebensmitteln, die nicht nur im Vergleich mit dem Umstellungstag, sondern auch gegenüber dem vergangenen Monat teurer geworden sind. Das trifft zu bei Erbsen, Haferflocken, Roggenbrot, Nudeln, Spaghetti, fertigen Suppen, Obst und Gemüse. Gas und Strom wurde teurer.

Gesunkener Reallohn

Das alles sind Artikel, die den Löwenanteil eines Arbeitsverdienstes wegessen. Es ist nicht ein einziger dabei, wo es erlaubt wäre im Familienrat zu beschließen, abzuwarten, bis sie „billiger“ geworden sind. Diese Artikel müssen gekauft werden und wenn es möglich gewesen wäre, den Ratschlag zu einer Zeit zu befolgen, dann hätte am Ende eben doch das Resultat bestanden, daß nichts billiger, sondern alles teurer geworden ist.

Seit der Währungsreform sind im besten Falle etwa in der Metallindustrie die gezahlten Löhne um 16 Prozent gestiegen. Gemessen an der 60 bis 70prozentigen Preissteigerung für die Hauptartikel eines Arbeiterhaushaltes eine bedeutende Senkung des Reallohnes. Um diese Tatsache kommt niemand herum. Sie wird nicht aus der Welt geschafft mit dem Märchen über „fallende Preise“.

Wo liegt der Sinn?

Es gibt in jedem Tabakgeschäft Rauchwaren. Jeder kann sich für Geld — wenn er's hat — Zigarren, Zigaretten oder Tabak kaufen und es sind ihm nicht einmal im großen und ganzen hinsichtlich der Menge Grenzen gezogen. Gewohnheitsmäßig, als ob sich gar nichts geändert hätte, bekommt aber jeder mit den Lebensmittelfkarten weiter seine Punktekarte für Tabakwaren.

Die Punktekarte für Tabakwaren hätte man sich längst schon schenken können. Sie herzustellen, kostet Geld. Ihr ausgeben macht Arbeit. Der Steuerzahler bleib dafür, trotzdem das ganze unnötig geworden ist wie ein Kropf.

Der Amtsschimmel wird noch Monate brauchen, bis er endlich des Zustandes gewahr wird. Wie lange es dann noch dauert, bis er sich in Trab setzt, das wissen bekanntlich nur die „Götter“, nicht die Bürger. Vielleicht muß ihn die Presse zuvor noch etwas peitschen.

Punktekarten gibts natürlich auch für lebenswichtigere Dinge. Bei Textil- und Schuhwaren möchten wir sie noch nicht einmal vermissen. Wenn aber eine Bewirtschaftung einen Sinn hat, dann nur den, Mangelwaren, die die Neigung haben, nur auf dem Schwarzmarkt zu erscheinen, auch als gewöhnlicher Sterblicher für einen Preis zu bekommen, den man als Nichtschieber und -Warenhorte auch noch bezahlen kann. Der Schwarzmarkt ist aber längst zum offiziellen Markt geworden. Die Kunst Professor Erhards wurde von keinem Geschäftsmann übersehen oder gar verachtet. In den offiziellen Geschäften braucht das Schwarzmarktgeschäft noch nicht einmal mehr den Griff unter die Theke. Die Preise sind offizielle Preise, mit und ohne Punkte. Bei Textil- und Schuhwaren sind sie nicht weniger überflüssig als bei Tabakwaren geworden. Sie existieren offenbar nur noch für Dumme, für die, die damit kaufen und hinterher meinen, sie hätten billiger gekauft. Es ist dabei nur eine Einbildung.

Ist es wenigstens bei den „Jedermanns-Preisen“ anders? Woher! Die „Jedermanns-Preise“ sind eben auch nicht für „Jedermann“. Die „Jedermanns-Löhne“, die den „Jedermanns-Preisen“ entsprechen, gibt es noch nicht.

Es rumort in den Betrieben. Forderungen werden erhoben auf höheren Lohn. Es wird gestreikt darum. Der Sinn? Der „Jedermanns-Lohn“ soll gestatten, „Jedermanns-Preise“ zahlen zu können. Bis es soweit ist, müssen einige Stufen der Lohnteiler zurückgelegt werden.

Unter der Lupe

Ein eigenartiger Arbeitervertreter

Bei der Firma „Südd. Sprenggesellschaft“ wurde einem Arbeiter, der dort seit zwei Jahren beschäftigt ist, gekündigt, trotzdem die Firma seit der Währungsreform Neueinstellungen vorgenommen hatte. Nicht genug mit dieser Kündigung, zwei Tage vor Ablauf des Arbeitsverhältnisses setzte man den Arbeiter fristlos auf die Straße und brachte ihn so noch um zwei Tage seines Lohnes.

Das Arbeitsgericht mußte sich in zwei Sitzungen mit dem Einspruch gegen die fristlose Entlassung beschäftigen. Zum ersten Termin war als Vertreter der Firma beschämenderweise der Betriebsratsvorsitzende Leibbrand erschienen, der, wie man sieht, noch nicht begriffen hat, daß ein Betriebsrat dazu da ist, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und nicht die des Unternehmers. Die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht ergab, daß verschiedene Auseinandersetzungen zwischen dem Betriebsrat und dem entlassenen Arbeiter zu der Kündigung und der letzte Streit auf der Baustelle Hauptmann Mannheim zur fristlosen Entlassung geführt hatten. Betriebsrat Leibbrand, der gleichzeitig Sprengmeister ist, war beleidigt worden. Ein hinreichender Grund zu einer fristlosen Entlassung, nach Auffassung des Gerichtes. Für die Gründe des gespannten Verhältnisses zwischen Leibbrand und dem Kläger wollte sich das Arbeitsgericht nicht interessieren, obwohl dies für die Beurteilung der Tätigkeit von Leibbrand, der offenbar nicht das Vertrauen der Arbeiter hat, und durch seine Mißachtung der Arbeiterinteressen erst den Grund zu den Auseinandersetzungen gegeben hat, von Wichtigkeit gewesen wäre.

Die Firma konnte Zeugen beibringen, der entlassene Arbeiter aber nicht, weil er es den Beschäftigten nicht zumuten wollte, ihre Arbeitsstelle aufs Spiel zu setzen. Wir glauben, daß die Arbeiter der Südd. Sprenggesellschaft gut daran tun würden, sich bei den nächsten Betriebsratswahlen nach einem besseren Vertreter umzusehen.

Über die Geschwindigkeit des Lichtes

Wenn auch schon die alten Griechen sich über das Wesen des Lichtes Gedanken machten, so fehlten ihnen doch die Versuchsgrundlagen, um Messungen zur Bestimmung der Eigenschaften des Lichtes anstellen zu können. Sie kannten wohl die Sonne als Lichtspender und verehrten in ihr die Gottheit, da ohne Sonne und ohne Licht ja kein Leben gedeihen kann.

Aber erst in der Zeit nach der Reformation begann man mit tieferen Betrachtungen über das Licht, und so gelang es Olaf Römer im 17. Jahrhundert, aus der Verspätung des Eintritts der Verfinsterung eines Jupitermondes die Lichtgeschwindigkeit 300 000 km/Sek. zu berechnen. Ein halbes Jahrhundert später wurde von dem Engländer Bradley nochmals derselbe Wert auf Grund einer anderen astronomischen Messung ermittelt. Das Licht legt also in der Sekunde 300 000 km zurück, es kann daher in einer Sekunde etwa achtmal um den Äquator laufen, es benötigt aber schon acht Minuten, um von der Sonne zur Erde und etwa 4 1/2 Jahre, um von dem nächsten Fixstern zu uns zu kommen. Es braucht 100 000 Jahre, um das Milchstraßensystem, zu dem unsere Erde und die Sonne gehören, zu durchqueren; und von dem am weitesten von uns entfernten Sterngebilde, sogenannten Sternnebel, soweit sie uns heute bekannt sind, braucht es etwa 100 000 000 Jahre, bis es zu uns gelangt. Wir sehen also heute diese „Nebel“ in einem Zustand, in dem sie vor 100 Millionen Jahren waren.

Bei einer Lichtmessung durch Versuche auf der Erde kam der Amerikaner Michelson zu Beginn dieses Jahrhunderts zu einem Resultat, welches für die Geschwindigkeit des Lichtes zwar wieder den Wert von 300 000 km/Sek. ergab, jedoch fand er dabei eine sonderbare neue und bis dahin gänzlich unbekannte Eigenschaft der Lichtgeschwindigkeit. Ein kleines Beispiel aus dem alltäglichen Leben schicken wir zur weiteren Erklärung voraus: Ein Schnellzug A fährt in voller Geschwindigkeit durch einen Bahnhof. Die auf den Bahnsteigen stehenden Personen sehen diesen Schnellzug mit der richtigen Schnellzugsgeschwindigkeit vorbeiziehen. Fährt neben diesem Schnellzug in gleicher Richtung ein zweiter Eisenbahnzug B mit fast gleicher Fahrgeschwindigkeit, so können die Passagiere des Zuges B den Schnellzug A in Ruhe betrachten, denn je nach dem, wie schnell der Zug B fährt, scheint sich der Zug A gegenüber dem Zug B mehr oder minder langsam vorbeizuschleichen. Man sagt, der Zug A besitze gegenüber dem Zug B eine Relativgeschwindigkeit. Fahren beide Züge in gleicher Richtung gleich schnell, so ist die Relativgeschwindigkeit gleich Null und für die Fahrgäste des Zuges B scheint der Schnellzug A stillzustehen. Fährt der Zug B in entgegengesetzter Richtung wie der Schnellzug A, so sehen die Fahrgäste des Zuges B den Schnellzug A an ihren Augen mit großer Geschwindigkeit vorbeisaußen, d. h. die Relativgeschwindigkeit des Schnellzuges A ist nunmehr sehr groß. Sie ist gleich der Summe der Fahrgeschwindigkeiten, wenn die Fahrrichtungen entgegengesetzt sind; sie ist gleich der Differenz der Fahrgeschwindigkeiten, wenn die Fahrrichtungen gleichgerichtet sind. Jeder kann diese Beobachtungen während dieser Eisenbahnfahrten anstellen und diese Tatsachen prüfen. Diese Beobachtungsergebnisse sind so in Übereinstimmung mit unserer täglichen Erfahrung und entsprechen dermaßen unserer Denkgewohnheit, daß sie als selbstverständliche Wahrheiten gelten. Nun fand aber Michelson für die Geschwindigkeit des Lichtes ein ganz anderes Verhalten. Ob sich ein Beobachter, z. B. in einem schnell fliegenden Flugzeug, entgegen oder in gleicher Richtung mit einem Lichtstrahl fortbewegt, immer mißt der Beobachter relativ zu ihm für das Licht die gleiche Geschwindigkeit, d. h. die Lichtgeschwindigkeit erscheint nie als Relativgeschwindigkeit — schneller oder langsamer — je nach der Geschwindigkeit der beobachtenden Person oder des Instrumentes, sondern sie hat immer die gleiche Größe von 300 000 km/Sek., gleichgültig, wie und von wo aus sie gemessen wird. Die Lichtgeschwindigkeit zeigt also ein unserer Denkgewohnheit kraß widersprechendes Verhalten, ein schönes Beispiel für den dialektischen Gegensatz in der Natur. Da die Lichtgeschwindigkeit rund eine Million mal größer ist als die der schnellsten Flugzeuge, fällt es uns im täglichen Leben nicht auf, daß sie keine Relativgeschwindigkeiten kennt und gegenüber den normalen Geschwindigkeiten also eine Sonderstellung einnimmt. Wie war nun dieser Widerspruch zu lösen? Fußend auf bereits vorliegenden theoretischen und experimentellen Ergebnissen von Forschern aller Nationen (Lorentz, Voigt, Mach, Poincaré, Hasenöhrl u. a.) klärte Einstein im Jahre 1916 die Widersprüche durch eine tief-schürfende Analyse des Begriffs der Gleichzeitigkeit und ähnlicher Begriffe und vereinigte die sich widersprechenden Tatsachen in einer großartigen Synthese auf einer neuen Denkstufe: Der Relativitätstheorie, die vorerst, wie alle Theorien, nur eine Denkmöglichkeit war. Inzwischen hat sie sich aber in allen ihren Aussagen als in bester Übereinstimmung mit dem tatsächlichen Naturverhalten erwiesen, sie ist heute längst eine Denknotwendigkeit und einer der Eckpfeiler der neuen Physik geworden. Ihre Resultate haben Anlaß zu außerordentlichen Änderungen unserer gewohnten Denkform gegeben, wie man es noch vor einigen Jahrzehnten nicht für möglich gehalten hätte. Ihre Rechenmethoden haben bereits Eingang in die moderne Technik, z. B. Radiotechnik gefunden. Die umwälzenden Ergebnisse der Atomphysik sind ohne sie nicht denkbar. Diese Erfolge der Relativitätstheorie, die aus den Widersprüchen der Lichtgeschwindigkeit geboren wurde, sind ein glänzender Beweis für die Richtigkeit der dialektischen Denkmethode.

Sterne und nackte Mädchen

Ein Beitrag zur Kulturgeschichte Westdeutschlands

Zur Zeit sind Sterne und nackte Mädchen die beliebtesten und pfleglichst behandelten Gegenstände der westdeutschen Journalistik. Die verschwiegenen Händler, die früher unanständige Postkarten verkauften, würden heutzutage schlechte Geschäfte machen. Wer Pornographie sucht, findet an jedem Zeitungsstand ein reichliches Angebot. Nicht nur die Magazine, die in Deutschland schon immer eine pikante Note hatten, auch die übrigen scheinbar seriösen Illustrierten und Journale sind daran beteiligt, und die Bildleute bemühen sich redlich, einander in der Erfindung und im Mut zur Ausgezogenheit zu übertreffen. Ist plötzlich eine Welle heidnischer Sinnenfreudigkeit über uns gekommen? Stehen wir im Begriff, zurückzukehren in den schönen Urzustand paradiesischer Unschuld, der des Feigenblattes nicht mehr bedarf. Ach, für die Unschuld sprechen die nackten Tatsachen, die uns in Masse serviert werden, leider ganz und gar nicht. Sie erinnern vielmehr an die penetrante Atmosphäre zusammengepflegter Männlichkeit, wie wir sie aus Kasernen und ähnlichen Männer-Massenunterkünften kennen, und sie sind nicht selten erfüllt von der Schamlosigkeit der Etappen-Prostitution. Was uns die Zeitschriftenmacher als unerläßliche Konzession an den Geist der Zeit, an den Geschmack des Publikums hinstellen möchten, das ist in Wirklichkeit „der Herren

eigner Geist“, der Geist eines moralisch stumpfen animalischen Männchens, der mit Krieg und Landsknechtstum unlösbar verbunden ist und dessen Wahrer und Kunder die Leute sind, die gestern PK-Männer waren und Soldatenzeitungen redigierten und heute in den Redaktionsstuben von Journalen und Illustrierten Zeitungen sitzen. Gegen diesen skrupellosen Journalismus, der Nacktheit als Sensation darbietet und den Frauenkörper als Mittel der Leserergänzung mißbraucht, ist vorerst vom Standpunkt der Moral aus einiges einzuwenden. Jawohl, der Moral! Daß wir unter diesem Begriff weder die altjungferliche Prüderie meinen, die sich vor dem Unbekleideten als dem schlechthin Unanständigen entsetzt, noch an die bigotte Engherzigkeit denken, die nackt und sündhaft gleichsetzt, braucht in einer Zeit, in der gemeinsamer Sport und gemeinsamer Freibad-Selbstverständlichkeiten sind, wohl kaum besonders betont zu werden. Aber gerade wer sich frei weiß von Prüderie und Engherzigkeit, muß die schamlose Zur-Schau-Stellung des weiblichen Körpers und seinen Mißbrauch als Lockmittel als etwas zutiefst Unmoralisches, weil die Menschenwürde der Frau Verletzendes, ablehnen. Hinter der „pin-up-girl“-Mode, gleichgültig, ob sie in der Reklame oder Journalistik auftritt, steht letztlich immer eine Auffassung, die die Frau zu einer Art lebendigem Genußmittel,

zur Ware also degradiert. Zu einer reizvollen und begehrenswerten Ware, aber eben doch zur Ware. Es sollte Sache der Frauen sein, sich gegen die ungeheuerliche Beleidigung, die in dieser Auffassung liegt, zur Wehr zu setzen. Sie dürfen dessen gewiß sein, daß alle Männer, die das Glück hatten, wirklichen Frauen zu begegnen und sich den Respekt vor der Frau bewahren konnten, in diesem Kampfe auf ihrer Seite sein werden. Aber die Konjunktur in nackten Mädchen, die wir zur Zeit in der westdeutschen Publizistik erleben, hat nicht nur eine moralische, sie hat auch eine ernste politische Seite. Denn sie ist im Grunde ja ein Armutszeugnis, eine Erklärung des geistigen Bankerotts, was tun Menschen, die irgend- was zusammenkommen und sich nichts zu sagen haben? Sie erzählen sich unanständige Witze. Die Journalisten, die ihren Lesern nichts mehr zu sagen wissen, füllen ihre Spalten mit Obszönitäten. Diese Erschelung ist eines der Symptome des erschreckenden Versumpfungprozesses, der das geistige und politische Leben Westdeutschlands immer wieder erfaßt. So wie der einzelne Mensch verkommt, wenn er keinen Lebensplan, kein Lebensziel und kein Selbstvertrauen mehr besitzt, so verkommt und versumpft ein Volk, dem die Zuversicht, sein Schicksal aus eigener Kraft gestalten zu können, verloren gegangen ist. In dieser

Lehren der Geschichte

Arnold Zweig: Ein Volk ist verantwortlich auch für das, was es mit sich anstellen läßt, sagt die Geschichte. Sie hat kaum je Ausnahmen von dieser Regel zugelassen und wird es auch diesmal nicht tun. Denn was unter der Perspektive von Staaten und Grenzen oft wie ein unverdientes Unglück aussieht, nimmt ein ganz anderes Relief an, wenn man den Maßstab von Klassenkämpfen anlegt. Dann erkennt man oft, daß es als nationales Unglück maskiert hat, was im Grunde schuldhaft unterlassener Klassenkampf war, die Weigerung eines reifen Volkes, sich zur Wehr zu setzen, wenn seine Oberschicht es mit schmachhaften Lügen bösartiger Selbstvergiftung und verdummender Aufhetzung gegen Nachbarvölker in Kriege stürzte, um die inneren Krisen außenpolitisch abzureagieren. (Aus „Das Wort der Verfolgten“)

Lage ist das gewaltsam zerrissene deutsche Volk, und wenn ihm nun noch, wie das im Westen geschieht, täglich zum Bewußtsein gebracht wird, daß es von fremder Hilfe abhängig, fremden Entscheidungen ausgeliefert ist, dann ist die Gefahr riesengroß, daß es zu einer stumpf dahintretenden Masse wird, die nichts als die Befriedigung der animalischen Bedürfnisse sucht und an Stelle eines Zukunftsglaubens eine dumpfe Angst vor der Zukunft in sich trägt.

Der Dicke und der Dünne

In der Halle des Nikolai-Bahnhofs trafen sich zwei Freunde, der eine dick, der andere dünn. Der Dicke hatte soeben im Banhofrestaurant gespeist, seine Lippen trugen noch die Spuren eines fetten Happens und glänzten wie zwei reife Kirschen. Er duftete nach Sherry und Fleur d'Orange. Der Dünne dagegen war gerade dem Zug entstieg und ging gepackt und beladen mit Koffern, Bündeln und Schachteln. Er roch nach Schinken und Kaffeesatz. Hinter seinem Rücken schaute eine Frau mit langem Kinn hervor — seine Ehehälfte, und ein hochaufgeschossener Gymnasiast mit halb-zugekniffenem Auge — sein Sohn.

„Mein Lieber!“ begann der Dünne als erster nach der Umarmung. „Das hätte ich nicht erwartet! So eine Überraschung! Na, läßt dich doch richtig anschauen! Genau so hübsch geblieben, wie du früher warst! Der gleiche Liebling und Geck! Ach, Gott im Himmel! Na, also, wie steht es? Bist du reich! — Bist du verheiratet? — Ich bin bereits verheiratet, wie du siehst... Das ist meine Frau, Luise, geborene Wanzelbach... evangelisch... Und das ist mein Sohn, Nafanail, Schüler der dritten Klasse. Nafanail, das ist mein Jugendfreund! Auf einer Schulbank haben wir gesessen!“ Nafanail überlegte eine Weile und nahm dann die Mütze ab. „Auf einer Schulbank haben wir gesessen!“ fuhr der Dünne fort. „Weißt du noch, wie man dich geneket hat? Man nannte dich Herostrot, weil du ins Klassenbuch mit der Zigarette ein Loch gebrannt hast, und mich Ephaltes, weil ich so gerne peetzte. Haha... Kinder waren wir!“

Von Anton Tschschewow

Freund blickend. „Arbeitest du? Bist du weit gekommen?“

„Hab' eine Stelle, mein Lieber! Schon das zweite Jahr bin ich Kollegienassessor und trage bereits einen Stanislaw im Knopfloch. Das Gehalt ist zwar mäßig... na, hol' der Teufel! Meine Frau erteilt Klavierunterricht, ich verfertige Privatim aus Holz Zigaretten-etuis. Fabelhafte Etu! Wir schlagen uns schon durch. Früher, weißt du, diente ich im Departement, jetzt aber bin ich hierher versetzt als Bürochef im gleichen Ressort... Na, und wie ist es dir ergangen? Bist du etwa schon Staatsrat? Ah?“

„Nein, mein Lieber, greif mal ein bißchen höher“, sagte der Dicke. „Ich habe es bereits zum Geheimrat gebracht. Zwei Sterne besitze ich.“

Der Dünne erblaute versteinert. Aber bald verzog sich sein Gesicht nach allen Seiten zu einem breiten Lächeln; es schien, als ob aus seinen Augen, aus seinem Gesicht Funken sprühten, als ob seine ganze Figur eingefallen, zusammengeschrumpft, verbogen wäre... Seine Koffer, Bündel und Schachteln schrumpften gleichfalls ein und legten sich in Falten... Das lange Kinn der Frau wurde noch länger; Nafanail machte sich stramm und knöpfte seinen Rock bis oben zu... „Ich, Euer Exzellenz... sehr angenehm! Ein Freund, möchte man sagen, der Jugend, und plötzlich zu so einem Würdenträger geworden! Hi-hi-hi.“

„Na, laß das!“ machte der Dicke eine Grimasse. „Wozu dieser Ton? Wir sind doch Jugendfreunde — wozu denn diese Ehrenbezeugung!“

„Ich bitte Sie... Wieso denn...“, kicherte der Dünne, noch mehr zusammenschrumpfend. „Die gültige Aufmerksamkeit Euer Exzellenz... ist sozusagen wie ein belebender Quell... Das ist Euer Exzellenz, mein Sohn Nafanail... Meine Frau Luise, evangelisch, gewissermaßen...“

Der Dicke wollte irgend etwas erwidern, aber auf dem Gesicht des Dünnen stand so viel Ehrerbietung, Süße und kriecherische Süße geschrieben, daß es dem Geheimrat übel wurde. Er drehte dem Dünnen den Rücken und gab ihm zum Abschied die Hand.

Wer schreibt richtig?

Selbst Lehrer machen Schreibfehler Eine Tatsache ist, daß 80 Prozent aller Deutschen unsicher in der Rechtschreibung sind — und daß auch die restlichen 20 Prozent sich keineswegs als völlig firm bezeichnen können. Charakteristikum eines niedrigen deutschen Bildungsniveaus? Nimmermehr! Ein Breslauer Lehrer namens Kosogk hat einmal ein reizvolles Experiment gemacht. Er hat einen Kreis, der sich aus Germanisten, Philologen, Lehrern, Korrekturen zusammensetzte, ein, allerdings verzwicktes, Diktat aufgegeben. Der Durchschnitt der Fehlerzahl lag bei 13. Praktisch beherrscht kein einziger Mensch in Deutschland völlig einwandfrei die Orthographie, und das ist nicht erst seit heute und gestern so, sondern schon der große Goethe — sein Sekretär Riemer hat es uns verraten — lebte mit der Rechtschreibung auf nicht gar zu gutem Fuße. Aber jeder, dem ein Schnitzer unterläuft, es sei denn, er ist allzu grob und verstoße gegen die Sprachlogik, kann sich darauf berufen, daß der bessere Rechtschreiber nicht etwa einen Nachweis für sein besseres Sprachgefühl und sein schärferes Ur-

tellsvermögen, sondern lediglich für sein besseres Gedächtnis erbringt.

Im einzelnen ist zu sagen: 25 Prozent aller Rechtschreibungsfehler entfallen auf die Anfangsbuchstaben. Wer findet sich aus etwa in der Schreibung von „erst“. „Die beiden ersten“, „zum ersten“, aber „die Ersten werden die Letzten sein“, „vom nächsten Ersten an“ und warum „Rad schlagen“, aber „sackhüpfen“, warum „radfahren“, aber „Kahn fahren“?

Die Kardinalforderung der Reformfreunde lautet deshalb: Fort mit den großen Anfangsbuchstaben! Als ein Kuriosum mag es erscheinen, daß sich für eine vereinfachte Rechtschreibung gerade auch jene Stelle entschieden hat, die als der unerbittliche und berufene Wächter über eine rigorose Einhaltung der heutigen Schreibweise scheint angesprochen werden zu müssen: Die Redaktion des Duden. Aber das Kuriosum ist kein Kuriosum, sondern die Konsequenz einer vertieften Einsicht in die Dinge.

Hans Bauer

Die Verschwörung der Hölle

Eine Allegorie aus dem Jahre 1923, die heute geschrieben sein könnte

„Zum Teufel hinein!“ rief der Teufel, „das kann nicht so weiter gehen.“ Und er ließ einen höllischen Fluch fahren, daß alle Teufel mit den Zähnen zu klappern begannen.

Inzwischen hatte der liebe Gott mit sich selber Rates gepflogen. Das Herz tat ihm weh von den vielen Uebeln, das die Menschen sich gegenseitig angetan. Er hatte im Weltkrieg nicht gewußt, auf welche Seite er sich stellen, für welche er Partei nehmen sollte, zu Gunsten der Entente, oder jener Deutschlands. Denn auf beiden Seiten waren eben so viele gute, als böse Menschen.

Ja, seinerzeit im trojanischen Kriege war die Sache anders gewesen; da stand Minerva auf Seite der Griechen und Juno auf der der Trojaner. Doch diesmal war es nicht so, und als der liebe Gott sah, wie schlecht die Sache ausgefallen, beschloß auch er, sich vom Kriegsspiel zurückzuziehen und zu demissionieren. Wie schön war es gewesen, als er die Herrschaft übernommen. Als er damals die Welt gegründet hatte, und wie er sein Werk beschaute, war noch alles gut, wie er es in der Bibel sich selbst bestätigt hatte. Später jedoch, als das Weib erschaffen war, hatte sich alles verändert, war schlecht geworden. Und heute nun wollte der liebe Gott schon gar nichts mehr von der Welt wissen.

Kaum hatte er seine Abdankungsurkunde niedergeschrieben, als eine Abgesandtschaft des Teufels bei ihm eintrat und ihm die Kriegserklärung der Gehörnten überbrachte. Ohne daß Petrus eine Ahnung gehabt, wer es gewesen, waren die Teufel schon bei der offenen Himmelstüre eingedrungen. Der durch sein schwieriges Hausmeisteramt in letzter Zeit allzusehr in Anspruch genommene sonderbare Heilige hatte die schwarzen Reiter für flüchtige Bolschewiki gehalten und dieselben ohne Paß einziehen lassen. Erst, als er das große Heer der nachfolgenden Teufel sah, schloß er eiligst die Himmelstüre.

Doch war die Gesandtschaft bereits vor dem Throne des Allmächtigen erschienen. Als dieser deren Botschaft empfang, begann er zu lachen und sagte: „Bist so dumme

habe ich meinen alten Freund Luzifer denn doch nicht gehalten, daß er glaubt mich besiegen oder zu etwas zwingen zu können, was ich nicht wollte. Ich habe seine Wünsche aber schon viel früher erfüllt, ehe ihr mir seine Botschaft hinterbracht habt. Obwohl ihr mir glauben müßt und ich es nicht notwendig habe, euch zu beweisen, was ich will und tue, will ich es dennoch tun. Da! Seht her!“ Und er zeigte ihnen die bereits unterfertigte Abdankungsurkunde.

Die Teufel waren im hohen Grade verbüßt und zogen ab, um ihrem Herrn die Kunde zu bringen.

Als dieser die Nachricht empfing, befahl auch ihn ein menschliches Götchen. Er fühlte sich von der Großmut besiegelt. Und er wollte dem lieben Gott an Großmut nicht nachstehen.

Er erklärte sich bereit, sich in die Herrschaft der Welt mit dem lieben Gott teilen zu wollen und legte demselben folgenden Friedensvertrag vor, mit dem besonderen Vorbehalte, noch eine Reparationskommission einsetzen zu wollen. Nach diesem Vertrag durfte Gott die Sonne, Mars, Saturn, Uranus, ferner die ganze Milchstraße der frommen Denkungsart behalten, kurz alle Planeten, mit Ausnahme derjenigen, welche von Lebewesen, speziell von Menschen, bewohnt waren. Selbstverständlich war das erste dem Teufel unterworfen Gebiet die Erde. Diese war auch in erster Linie der Reparationskommission untergeordnet. Hier beschloß der Teufel seinen Thron zu errichten und die Erde als erweiterte, modernisierte Hölle zu etablieren. Die einstige Hölle wurde in eine Filiale und Materialkammer umgewandelt. — Nun ist dem Teufel um seine Weltherrschaft nicht mehr bange, während dem lieben Gott die Sonne, der Mond und andere Sterne weder durch Kämpfe noch durch Gebete Schmerz und Sorgen bereiten. R. P. Aus den „Proletarischen Heimstunden“ Jahrgang 1923

Für diese Zukunftsangst — die Existentialisten nennen sie „Lebensangst“, — offerieren die Kurfürsten der öffentlichen Meinung ein Zaubermittel: den Glauben an die Sterne. Der astrologische Briefkasten, das Wochen- oder Monatshoroskop, sind feste Bestandteile vieler Wochenzeitungen und Journale. Und welche Weisheiten werden darin verkündet! Eine Übersicht „Dein Schicksal in dieser Woche“, die eine in Hunderttausenden verbreitete Wochenzeitung bringt, entnehmen wir folgenden Geistesblitz:

Für im Februar Geborene: „Geschäftlich bieten sich Ihnen höchstens kurz vor Jahresende noch einmal gute Aussichten. Dann müssen Sie sich ein wenig mit Geduld wappnen. Warm anziehen!“

Auf die Idee, sich im Dezember warm anzuziehen, wäre sicherlich ohne die Sterne auch niemand gekommen. Daß es Menschen gibt, die für eine geistige Kost dieser Art Geld ausgeben, ist schlimm. Daß es Zeitungsmacher gibt, die sie verabreichen, ist schlimmer. Ein Journalismus, der den Anspruch auf geistige Führung aufgibt, gibt sich selbst auf und diskreditiert aufs peinlichste die Idee der Pressefreiheit, für die auch deutsche Journalisten gekämpft und gelitten haben. Wer dem Volke nichts mehr zu bieten hat, als Aberglauben und Obszönitäten, hat das Recht verwirkt, zum Volke zu sprechen.

Oder sollte es Kreise geben, die ein Interesse daran haben, daß unser Volk mit nackten Mädchen amüsiert und mit Hokus-pokus narkotisiert wird? Darüber sollte man recht gründlich nachdenken.

Ausbreitung des Tagebaus in den Bergwerken der Sowjetunion

In den letzten Jahren ist ein neuer Zweig der Industrie in der Sowjetunion besonders entwickelt worden, das Gewinnen von Kohle durch den Tagebau. Im Ural und in Ost-Sibirien, in Karaganda und in Zentralasien sind Dutzende von Kohlenlagern erschlossen worden. Hunderte von mächtigen Ausgrabungsmitteln, Bohrmaschinen und Beförderungsmitteln werden gebraucht, um die Kohle freizulegen und abzubauen. Es wurde beschlossen, an vielen neuen Stellen, besonders in den östlichen Gebieten und in der Ukraine Kohle im Tagebau zu fördern.

Heißwasser für Moskauer Helme

In Moskau wurde mit der Errichtung einer neuen großen Hauptleitung begonnen, um die Häuser der Hauptstadt mit Heißwasser zu versorgen. Im Jahre 1948 wurden mehr als 300 große Gebäude mit Heißwasser eingerichtet und etwa 25 Meilen Heißwasserleitung gelegt. In diesem Jahre wurden neue Turbinen in Gang gebracht, die es ermöglichen, daß weitere 500 Gebäude auf dieses System eingeschaltet werden.

Jede dritte Person in der Sowjetunion studiert

Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „TRUD“ führt aus, daß in der UdSSR 34 Millionen Schüler die Volks-, höheren und technischen Schulen besuchen. Die Hochschulen und Universitäten haben Eintragungen von 730 000, was mehr ist als alle anderen Länder Europas zusammengekommen. „Eine sozialistische Intelligenz, Millionen stark, ist aus den Arbeitern und Bauern hervorgegangen“, schreibt die Zeitung. „Millionen von Fabrik- und Büroarbeitern und ebenso Landarbeitern besuchen alle Arten von Unterrichtskursen. Jede dritte Person in der Sowjetunion studiert.“

Etwas zum Lachen

„Zur Verlobung welcher Ihrer Töchter darf man denn heute gratulieren, Herr Rabe?“

„Ach, ein Pech: es ist wieder die Paula!“

„Meine Frau ist auf vierzehn Tage zu ihren Eltern gereist.“

„Und das sagen Sie so betrübt?“

„Ja, zwölf Tage sind schon rum!“

Das junge Paar saß auf der Couch. Die Frau fragte: „Wollen wir ein wenig plaudern, Paul?“

„Gern“, nickte er. „Ich lese inzwischen die Zeitung!“

„Mein Vater hat mir 100 Mark versprochen, wenn ich mich bis zu meinem 20. Geburtstag von keinem Mann küssen lassen!“ — und was hättest du dir für das Geld gekauft?“

„Manfred!“ ermahnt die Tante den kleinen Mann. „Jetzt mußt du aber ins Bett! Ich gehe auch immer mit den Hühnern schlafen!“

„Ach — und wie kommst du auf die Stange, Tante?“

Fragen an eine Arbeiterfrau

Von Kurt Tucholsky

Bist du sein guter Kamerad Und stehst an seiner Seite? — Und bist du ihm auf jedem Pfad Im Kampf mit diesem Klassenstaat Gesellschaft und Geleite?

Hat er die Frau, die ihn versteht? Ist euch ein Lied erkungen? Und weißt du auch, warum er spät Noch abends in Versammlung geht: Für dich und deinen Jungen!

Und ist dein Herz denn auch dabei? Seid ihr die richtige Zweifelhut? Und machst nicht nur die Kocherei? Und tust auch was für die Partei? Für Licht und Luft und Freiheit?

Und hältst du ihn auch nicht zurück, Wenn rote Fahnen rufen? Er kämpft für euer Lebensglück! Geh mit ein Stück! Geh mit ein Stück! Empor zu neuen Stufen! —

Du, Mutter, halt den Alten jung! Es kann ihm gar nichts schaden. Du, Frau, trügst viel Verantwortung. Und hoch ertönt im neuen Schwung Das Lied — das Lied Vom guten Kameraden —!

Für den Frieden — gegen die Atombombe

Von Albert Buchmann, Landesvorsitzender der KPD Württemberg-Baden

Welche beglückende Aussichten bietet die Entwicklung der Atomenergie für die Zukunft, wenn sie friedlichen Zwecken dienen wird? Welche gewaltigen Fortschritte zur Hebung der Gesundheit, im Dienst der Wissenschaft, des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs können sich ergeben! Die hervorragenden Wissenschaftler und Freunde der Menschheit sprechen von geradezu umwälzenden Folgen im Kampf gegen Not und Elend in der Welt.

Stellen diese Gedanken und Erwartungen Illusionen dar oder besteht die Möglichkeit ihrer Verwirklichung? Was könnte ihrer Verwirklichung entgegenstehen? Wollen nicht alle Menschen oder doch zum mindesten die erdrückende Mehrheit — unter ihnen vor allem die Frauen — die Anwendung aller technischen Errungenschaften im Dienst des Friedens und des Fortschritts?

Aber es gibt Kräfte in der Welt, die dem Frieden entgegenwirken! Es gibt Kräftegruppen, die die Welt nur nach den Gesichtspunkten von Absatzmärkten und Rohstoffquellen betrachten. Für sie bedeutet die Sehnsucht der Menschen nach Frieden ein Nichts, die Herstellung von Atomwaffen für Kriegszwecke aber alles. —

So ungeheuerlich es klingen mag — es gibt Menschen, die vom Frieden als von einem „Gespenst“ sprechen. Es sind die mächtigen kapitalistischen Finanzherren, die vor dem Frieden Angst haben, weil er die Riesenprofite, die ihnen die Aufrüstung bringt, gefährdet. Diese Finanz- und Wirtschaftskönige sind es, die dem Frieden im Wege stehen. Sie lassen sich die Propaganda in Presse, Rundfunk und ihre bezahlten Vertreter in Verwaltung und Parlamenten einiges Kosten, um andere Staaten der Kriegsvorbereitung zu beschuldigen, um den Völkern Sand in die Augen zu streuen und die eigenen Kriegsrüstungen rechtfertigen zu können. In diesen Kräften, die sich dem Frieden entgegenstellen, sind die Feinde der Völker, die Feinde einer frohen und glücklichen Zukunft unserer Jugend und unserer Kinder zu sehen. „Wenn der Friede wirklich käme, würde er alles über den Haufen werfen“, das sind die Bedenken von Leuten, die die Rüstungsindustrie nicht beneidlich möchten. Aber es gibt Millionen Menschen bei allen Völkern, die das nicht für den richtigen Weg halten. Das Gewicht ihrer Stimmen für den Frieden gilt es zu vergrößern.

Gibt es für unsere Frauen eine größere und schönere Aufgabe als die, für den Frieden einzutreten, dafür zu sorgen, daß die Männer, die Söhne unseres Volkes nicht wieder dem Moloch Krieg geopfert werden! Es darf nicht beim Wunsch bleiben, den Frieden zu sichern.

Jede Frau sollte es deshalb als eine Ehrensache ansehen, die große Bewegung der Unterschriftensammlung gegen die Atombombe, für den Frieden mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Männer werden den Frauen helfen, wenn sie in diesen Tagen mit den Listen kommen und unter den Frauen in Betrieb, Büro, Versammlung, Wohnung und Bauernhof um ihre Unterschrift bitten. Jede einzelne Unterschrift ist von Bedeutung, wenn durch die in aller Welt gesammelten Einzelzeichnungen für den Frieden, wenn sie den Vereinten Nationen in Washington unterbreitet werden, der Wille der Frauen zur Erhaltung des Friedens dokumentiert werden soll.

Hier geht es um keine Parteiangelegenheit! Diese Aktion darf keine Parteiangelegenheit sein. Hier geht es um die Sache aller Menschen, die eine friedliche Entwicklung ehrlich und ernst wollen. Lassen wir uns nicht beeinflussen von jenen gehässigen, parteipolitisch denkenden und kurzschichtigen Elementen, die im Schutz der antikomunistischen Hetze diese Arbeit für den Frieden zu verdächtigen suchen.

Mit leidenschaftlicher Kraft wollen wir die Millionenfront der friedliebenden Menschen in aller Welt verstärken. Sammeln wir die Stimmen aller derjenigen, die vom Krieg genug haben! Wir wollen frei von Furcht im Frieden leben! Daher sagen wir Ja zu der Unterschriftensammlung gegen die Atombombe, für den Frieden!

Wieder die Marsbewohner

Das Hörspiel, das die Invasion der Marsbewohner schildert, und welches schon einmal die Vereinigten Staaten durchgenommen hat, wurde neuerdings derart realistisch von dem Sender der südamerikanischen Republik Equador wiedergegeben, daß in der Hauptstadt Quito viele Hörer von Panik ergriffen wurden. Als sie schließlich erkannten, daß es sich nur um ein Hörspiel handelte, stürmte die aufgelegte Menschenmenge das Rundfunkhaus und setzte es in Brand, wobei mindestens vier Personen ums Leben kamen. (Hellbr. Stimme)

Keine Atombomben auf Deutschland

Von Inge Leetz, stud. med.

Bald sind es vier Jahre, wo deutsche Frauen, Mütter, Männer, Greise, Jugendliche und Kinder aufatmeten, weil der schrecklichste aller Kriege zu Ende gegangen war. Tiefe Trauer lag über allen Menschen, die diesen Krieg überlebt hatten. Überall wurde die Frage gestellt: Wo wird mein Mann, mein Vater, mein Sohn, mein Bruder sein? Wird er leben? Wird er nach Hause zurückkehren?, oder ist er ein Opfer dieses Krieges geworden?

Aber nicht nur Männer, Brüder, Söhne und Väter kehrten aus diesem Kriege nicht zurück. In der Heimat gegen wehrlose Frauen und Kinder wurde ein Krieg geführt, ein Krieg aus heiterem Himmel, gleichgültig, ob bei Tag oder Nacht, der ungeheure Opfer verlangte.

Wißt ihr noch, wenn wir um unser Leben und um das Leben unserer Kinder bangen mußten?

Wißt ihr noch, wie die Bomben krachten und Häuser über uns zusammenstürzten?

Wißt ihr noch, wie dazwischen immer wieder die bange Sorge um den Mann, den Vater und Sohn auftauchten, der in einem fernen Land war, und dort dieselben Sorgen um das Leben seiner Familie in der Heimat hatte?

Wenn wir an das alles heute zurückdenken und dabei hören müssen, daß gewisse Kreise einen Dritten Krieg — einen Atomkrieg — vorbereiten, so kann man nicht glauben, daß es Leute gibt, die sich

noch für einen Krieg begeistern, anstatt alle Kräfte einzusetzen, um den Frieden zu sichern.

Wollen wir uns einmal klar vor Augen stellen, was ein solcher Krieg mit sich bringen würde.

Eine einzige Atombombe wurde bisher zur Anwendung gebracht, eine Atombombe, die Tod und Vernichtung in eine Stadt brachte.

In Hiroshima, einer Stadt in Japan, wurde diese Atombombe geworfen. Was war die Folge?

70 000 Menschen wurden getötet, 100 000 und mehr verletzt. Aber nicht nur das, diese Atomenergie hat einen gewaltigen Einfluß auf den menschlichen Organismus. Zwei Jahre, nachdem diese furchtbare Waffe zur Anwendung gekommen war, gab es in der ganzen Stadt keine normale Geburt. Irgendwie hatten die Kinder Schäden, deren Ursache auf die Einwirkungen der Atombombe herrührte.

Könnt ihr euch vorstellen, Frauen, Mütter und auch ihr jungen Mädel, daß ihr Kinder gebären solltet, von denen ihr vorher schon wißt, daß sie nicht normal sein werden?

Könnt ihr euch vorstellen, daß drei von diesen schrecklichen Waffen genügen würden, um in Frankfurt und der näheren Umgebung alles zu zerstören?

Könnt ihr euch vorstellen, daß ihr wieder mit euren Kindern in die Bunker flüchten müßtet?, und könnt ihr euch vorstellen,

daß wir Frauen wieder unsere Angehörigen in einen Krieg ziehen lassen müßten?

Nein, wir Frauen reden diesmal ein Wort mit, wir Frauen lassen uns und unsere Kinder nicht in einen Krieg hineinzerren, wir Frauen lassen die Väter unserer Kinder, unsere Männer, Söhne und Brüder nicht noch einmal in einen Krieg hineinziehen, der Tod und Vernichtung bringt für die, die in der Heimat sind, der die Männer tötet und zu Krüppeln schließt.

Wir Frauen wollen und müssen zusammenstehen, um einen neuen Krieg zu verhindern. Wir müssen helfen, ein neues friedliches, demokratisches Deutschland zu schaffen, wo Friede, Freiheit, Glück und Einigkeit herrschen und wo keine Kriegsgefahr mehr droht. Wir sind die Generation, die einen Krieg überstanden hat, die die Pflicht hat, der kommenden ein menschenwürdiges Dasein zu sichern und die einzu sein, die ihren Kindern sagen muß: Wir haben es begonnen, für den Frieden zu kämpfen und haben es erreicht. Es ist euer Erbe, laßt es euch nicht mehr entreißen.

Deshalb rufe ich euch, deutsche Frauen, rufe euch, ihr Frauen in der Welt: Kommt, wir vereinigen uns, kommt laßt uns kämpfen für die Vernichtung und das Verbot aller Atomwaffen und sonstiger Vernichtungsmittel. Schließt euch zusammen, um das zu erreichen, was unser aller sehnlichster Wunsch ist:

Friede, Freiheit, und am Ende die Einigkeit aller.

Befreit uns von dem Odium des Entsetzlichen

Es wird berichtet, daß englische und amerikanische Atomforscher sich nur unter einer Bedingung an der Weiterarbeit an der Entwicklung der Atomwaffe bereit erklärt hätten, der Bedingung nämlich, daß als Äquivalent für ihre der Zerstörung dienende Tätigkeit eine entsprechende Summe Geldes aufbauenden Wissenschaften, Sozialwissenschaften, Medizin usw., zur Verfügung gestellt würde. Bürgerliche Wissenschaftler sind darob des Lobes voll, ihnen scheint damit Ehre, Selbständigkeit und Freiheit der Wissenschaft wieder hergestellt. Wir aber meinen, daß diese Forderung der Atomforscher nichts anderes ist, als eine Beruhigung und Täuschung ihres Gewissens, und daß der Ehre der Wissenschaft nur dadurch gedient wäre, wenn die Forscher sich geweiht hätten, weiterhin ihre Erfahrung und ihr Können bei der Verwertung der Atomkraft für kriegerische Zwecke einzusetzen. Nur so könnte die Wissenschaft von den Atomkräften, die eine der größten Leistungen des Menschengeistes darstellt, von dem Odium des Entsetzlichen befreit werden, das ihr seit der Zerstörung Hiroshimas im August 1945 anhaftet.

Das Kind ihres Geistes entließ ihnen

Heldentaten des Menschengeistes führten in unerträglich experimenteller und gedanklicher Arbeit in wenigen Jahrzehnten zur Entwicklung der Atomkraft und zur Revolutionierung des physikalischen Weltbildes. Diese Arbeit, die höchste Erkenntnisse und höchste Leistungen ermöglichte,

war ein Beweis für die Fruchtbarkeit internationaler wissenschaftlicher Zusammenarbeit. Zahlreiche Forscher aus vielen Ländern der Erde trugen bei zu diesem Werk: Roentgen mit der Entdeckung der Elektronenstrahlung, Becquerel und das Ehepaar Curie durch die Entdeckung strahlender Materie, Rutherford, der als erster ein Element in ein anderes umwandelte, Plank und Einstein, die das neue Weltbild theoretisch fundierten, um nur einige wenige zu nennen. Sie alle arbeiten um der Wissenschaft und um des Dienstes an der Menschheit willen. Daß die Kräfte, die sie entfesselten, sich dereinst auch gegen die Menschheit wenden könnten, hat keiner von ihnen gewollt. Das Kind ihrer Arbeit und ihres Geistes entließ ihnen, noch ehe es recht laufen gelernt, um in einer zerrissenen Welt in den Händen von Politikern zur mörderischen Waffe zu werden. Physikalische Kräfte, wie sie einst von Roentgen, von Madame Curie zum Segen der Menschheit gefunden, sollen jetzt zu ihrer Zerstörung dienen. Alle Wissenschaftler der Welt und voran die, die mitarbeiten an der Entwicklung der Atomkraft, müßten einmütig der Atomwaffe den Krieg erklären. Sie vor allem sollten den Kampf, den die Frauen der Welt gegen die Atombombe führen, aufnehmen und den Menschen zeigen, welche Möglichkeiten friedlicher Nutzung der Atomkraft bestehen und wie sie zu verwirklichen sind. Die Anwendung atomphysikalischer Erkenntnisse auf dem Gebiete der Medizin, die Verwen-

dung sogenannter radioaktiver Isotopen, hat bereits zu beachtlichen diagnostischen und therapeutischen Erfolgen geführt.

Die Atomkraft soll nicht in den Dienst der Zerstörung gestellt werden

Der Wissenschaft bieten sich aber hier wie auch auf dem Gebiet der Verwertung der Atomenergie in der Technik noch außerordentliche Möglichkeiten, deren Erfüllung für jeden Wissenschaftler eine beglückende Aufgabe darstellt. Es werden sicherlich noch viele Jahre vergehen, bis die Atomkraft in größerem Umfang für den technischen Fortschritt verwertet werden kann, noch sind die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, außerordentlich groß, ihre Überwindung erfordert viele Kräfte, die Kräfte aller Wissenschaftler, die hier mitzuarbeiten berufen sind. Und keiner von ihnen sollte mehr seine Kraft in den Dienst der Zerstörung der Menschheit stellen. Sie sollten alle einstimmen in den Wunsch, mit dem vor Kurzem Otto Hahn, Atomforscher und Nobel-Preisträger, eine wissenschaftliche Veröffentlichung schloß: „Möchten die ungeheuren Möglichkeiten, die mit der Verwertung der Kernumwandlungen verbunden sind, zum Segen der Menschheit und nicht zu ihrer Vernichtung führen; und sie sollten die Forderung unterstützen, die Frédéric Jolliot Curie, Atomforscher, Nobel-Preisträger und Kommunist; und der letzte Nobel-Preisträger, der englische Physiker Blackett, erhoben:

Verbot der Atomwaffe!

Der Gänsebraten für „Jedermann“

Schweinefleisch aus Sojabohnen mit Kunstmilch — Neue Millionengeschäfte für Nachkriegsgewinnler in Sicht Ersatzstoffe statt gerechter Verteilung und Schwarzmarktbekämpfung

Der Gänsebraten für „Jedermann“ ist da! Nach einer AP-Meldung aus Berlin sollen die westdeutschen Normalverbraucher voraussichtlich im März oder April mit einem neuen Produkt überrascht werden, das als „Fleischersatz“ bezeichnet und offenbar als geeignet betrachtet wird, die starke Mißstimmung über die mageren Fleischrationen, die durch die empörende Schwarzmarktwirtschaft hervorgerufen wird, zu dämpfen.

Das Produkt soll von deutschen und alliierten Wissenschaftlern entwickelt worden sein und teils aus einheimischen Nahrungsmitteln, teils aus Proteinstoffen bestehen, die aus der Sojabohne, aus Hefe und aus bestimmten Fischprodukten gewonnen werden. Der stellvertretende Leiter der Ernährungsabteilung des Zweimächteernährungsamtes, Garnett, teilte mit, daß der Fleischersatz bereits fabrikmäßig hergestellt werde. Man hoffe, ihn zum Preise von 80 bis 85 Pf. pro Pfund verkaufen und damit die gegenwärtige Fleischration erhöhen zu können. Einige Fabriken wünschen allerdings von vornherein eine Heraufsetzung des Preises auf 90 Pfennig bis 1,10 D-Mark.

Der durch lange Kriegserfahrungen gegen alle Ersatzprodukte mit Recht mißtrauisch gewordene Bevölkerung wird versichert, daß der Fleischersatz den gleichen, wenn nicht sogar einen besseren Nährwert

als Frischfleisch habe. Auch sonst sollen die Eigenschaften dieses neuen Produkts erstausnehmlich sein. Nach Wunsch könne man ihm den Geschmack von Geflügel, Hammelfleisch, Rindfleisch, Schweinefleisch oder Fisch geben. Leider wird nicht gemeldet, ob und welche Gerüche beigemischt werden können. Eigentlich ein Wunder, daß angesichts solcher Vorzüge deutsche Politiker der Westzone bereits Bedenken gegen das Produkt geäußert haben und auf Vergrößerung des deutschen Viehbestandes dringen. Selbst Garnett meinte, ob der Versuch der Einführung des Fleischersatzes Erfolg haben werde, sei nicht von vornherein ausgemacht. Aber, so führte er weiter aus: „Wenn die Sache gelingt, könnte daraus die größte Neuerung der Ernährungswirtschaft seit Menschengedenken werden.“

Wie Garnett weiter mitteilt, soll neben dem Fleischersatz auch ein Milchersatz entwickelt worden sein, von dem ebenfalls behauptet wird, daß es sich um ein „erstklassiges Produkt“ handelt, Versuche hätten ergeben, daß Kinder bei Ernährung mit Milchersatz genau so gedeihen wie bei richtiger Milch. Die Kunstmilch, die bereits in Nordrhein-Westfalen vertrieben wird, soll gegebenenfalls auch in anderen Mangelgebieten zum Verkauf gelangen.

„Jedermann“ wird diese Nachrichten mit gemischten Gefühlen aufnehmen. Er weiß

genau: Mit welchen Superlativen die neuen Ersatzprodukte auch angepriesen werden, sie sind nur bestimmt für die unterernährten Lohntüten-Empfänger, denen infolge der niedrigen Löhne das Geld dazu fehlt, sich Fleisch für fünf D-Mark das Pfund ins Haus liefern zu lassen. Auf den Tischen der Horte, Spekulanten und Großverdiener wird weder Sojabohnen-Geflügel erscheinen, noch werden ihre Kinder Kunstmilch trinken. Statt dem weiterhin blühenden Schwarzhandel energisch zu Leibe zu gehen und eine gerechte Verteilung aller lebenswichtigen Nahrungsmittel zu organisieren, sollen jetzt Ersatzprodukte gekauft werden.

Sichern Sie sich einen Schiffsplatz

„Sichern Sie sich einen Schiffsplatz bei Ausbruch eines dritten Weltkrieges!“ Dieses Angebot einer Firma, die sich „Interkontinentale Verkehrsgesellschaft“ nennt, erregte Anfang Januar großes Aufsehen. „Die Firma“, so schrieb die Frankfurter „Neue Presse“, „die in einer vornehmen Straße Amsterdams ihren Sitz hatte, bietet sich an, Versicherungsverträge mit solchen Personen abzuschließen, die sich schon heute einen Schiffsplatz zu einer Reise nach den Azoren oder nach einem afrikanischen Hafen sichern wollen für den Fall, daß der dritte Weltkrieg ausbricht, in den Holland nach der Ansicht der Firma unweigerlich hineingezogen würde. Für 4300 Gulden, die natürlich sofort bezahlt werden müssen, bietet die Gesellschaft einen guten Schiffsplatz, ärztliche Versorgung während der Reise, gute Verpflegung und jeden Komfort, Kinder bezahlen die Hälfte, wertvolles Eigentum kann mitgenommen werden. Name und Adresse des „Versicherten“ werden „streng geheim gehalten“. Das Billet ist gültig vom 1. Juli 1948 bis zum 1. Januar 1953.

Dieser groteske Fall eines Versicherungsangebotes hat nicht nur Aufsehen, sondern in weiten Kreisen Entrüstung erregt. In dem Prospekt wird offen davon gesprochen, daß Holland im Kriegsfall ohne Zweifel in wenigen Tagen von einer feindlichen Macht besetzt würde. Die Polizei hat sich dann auch sofort um dieses ungewöhnliche Versicherungsangebot bekümmert, weil die Vermutung nahe lag, daß es sich um einen plumpen und aufgelegten Schwindel handelt. Man stellt aber fest, daß in gewissem Sinne die Versprechungen in dem Prospekt auf Wahrheit beruhen, das will sagen, daß die erwähnten Schiffe tatsächlich gechartert sind.

Trotzdem hat diese Angelegenheit soviel Staub aufgewirbelt, daß sich kaum noch

Kleine Chinesen-Sklavin

Ein Bericht von Alan Winnigton, Reporter im Freien China

Hsiao Hsiang spielte um 12 Uhr auf der Straße und war um 13 Uhr tot. Von ihrem „Besitzer“ und seiner Frau zu Tode geprügelt. Ihr Fall wirft etwas Licht auf die dunkle, feudalistische Rückständigkeit, mit der Chinas neue demokratische Regierung in den befreiten Gebieten jetzt aufräumt.

Yao Shung-Shan, der Angeklagte, stand vor Gericht, mit schwarzem Bart, gelblichem Gesicht und brummiger Miene und stritt sich mit den Richtern. Hinter ihm saß das Publikum, das gleichzeitig die Geschworenen bildete. Ungefähr vierzig Männer, Frauen und Kinder, ernst und aufmerksam.

„Dann geben Sie also zu, daß Sie das Kind geschlagen und gequält haben?“ sagte einer der beiden weiblichen Richter. „Haben Sie Hsiao verbrannt? Wieso sind Ihre Rippen gebrochen?“ Yao Shung-Shan wand sich ja, es war wohl oberhalb der Hüften. Er wußte nicht, was man zu tun hatte, wenn Kinder krank wurden. Sie starb an der Ruhr. Sie muß gefallen sein und sich die Rippen gebrochen haben.

Allmählich kam der wahre Sachverhalt zu Tage, in der Hauptsache durch das Geständnis der Frau, die zweifellos glaubte, sich damit ein leichteres Urteil zu erwirken. Yao Shung-Shan hatte Hsiao Hsiang vor einigen Jahren für 80 000 chinesische Dollar gekauft. Er hatte sie immer schon geschlagen, aber zuletzt immer häufiger, weil er nämlich ein Opiumraucher war und Hsiao Hsiang erzählt hatte, daß er immer noch rauchte, auch seit dem das gesetzlich verboten war.

Schließlich hatten die Nachbarn eine Besprechung abgehalten und zwei Leute gewählt, die ihm sagen sollten, daß er das Kind nicht mehr schlagen dürfe. „Sie war ein hübsches Kind“, sagte eine der Nachbarinnen, „von uns hätte sich jede gern des Kindes angenommen. Aber er sagte: „sie gehört mir. Ich habe 80 000 Dollar für sie bezahlt. Das ist nur der Preis von ein paar Pfunden Opium und ich kann mit ihr machen, was ich will. Und danach schlug er sie mehr denn je. Heute spielte sie auf der Straße, und dann später hörten wir Schläge und Schreie und dann starb sie.“

Die Richter berieten mit den „Geschworenen“. Kinder, die zwischen den Knien des Vaters standen, Mütter mit ihren Babys. „Was soll man mit den beiden tun?“ Der Anführer der Geschworenenmenge drehte nervös seinen Hut und stand auf. „Wir denken, er muß sterben und sie ins Gefängnis gehen.“ Hinter ihm nickten die Köpfe kräftig. „Ist irgend jemand anderer Meinung?“ fragte der Richter. Köpfe wurden geschüttelt, keiner sprach. Das Urteil wurde verkündet und der oberste Richter wandte sich an das Publikum: „Erzählt allen, was vor sich gegangen ist“, sagte er. „In unserer neuen Demokratie darf kein menschliches Wesen ein anderes menschliches Wesen besitzen. Das Leben jedes einzelnen, selbst des jüngsten Kindes, steht unter dem Schutze der Regierung.“

Frau Tschiang Kai-Scheks Nase

Die Augen der englischen Prinzessin Margaret, die Stirn der Herzogin von Windsor, die Nase von Frau Tschiang Kai-Schek, die Lippen von Rita Hayworth, die Backenknochen von Jane Russell, die Waden von Linda Darnell, die Oberschenkel von Esther Williams, das Kinn des beliebten USA-Mannequins Candy Jones, die Schultern der Sängerin Margaret Phelan und die Ohren von Margaret Truman, der sangesfreudigen Tochter des amerikanischen Präsidenten, wurden als die jeweils in ihrer Art „vollkommensten Gebilde“ auf einer von der amerikanischen Artistenliga kürzlich abgehaltenen „Schönheitskonkurrenz“ preisgekrönt.

Welche Sorgen hat man doch in Amerika! Nun gehen die Veranstalter von „Schönheitskonkurrenzen“ schon in die Details. Die Herrschaften sollten dabei nicht vergessen, daß sich auch über ihren Geschmack streiten läßt.

Sichern Sie sich einen Schiffsplatz

viele Bewerber um einen „Schiffsplatz beim Ausbruch des dritten Weltkrieges“ finden werden. Marinesachverständige halten die ganze Sache für äußerst bedenklich, und außer den fünfzehn ersten Passagieren, die wirklich den schönen Betrag von 4300 Gulden bezahlten, scheinen sich glücklicherweise nicht mehr viel andere Kopflöse gefunden zu haben. Der nürchtere Verstand der Holländer hat sich wohl doch durchgesetzt. Und außerdem hat auch die Polizei noch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir sind nicht unterrichtet wie die Sache ausgegangen ist. Jedenfalls offenbar sich hier aber die Spekulation der reichen Leute. Sie, die Großverdiener am Kriege sind bereit, heute schon 4300 Gulden für den Schiffsplatz blank auf den Tisch zu legen. Die ungeheure Mehrheit des Volkes aber würde das Opfer der Kriegskatastrophe sein.

Die Millionen Frauen und Mütter des Volkes können sich keinen Schiffsplatz sichern. Aber sie können Nein sagen zu einem neuen Kriegsverbrechen. Daß dies Nein ein leeres Wort ist, sondern hinter ihm die Kraft der Millionen steht, soll die in aller Welt stattfindenden Unterschriften-sammlung gegen Krieg und Atombombe beweisen. Alle diese Unterschriften sollen an die UN geschickt werden.

Frauen, Mütter, helft und unterstützt die Sache des Friedens. Tragt Euch ein in die Unterschriftenlisten.

Jo Mihaly, die in der Schweiz lebende deutsche Tänzerin und Schriftstellerin, die kürzlich mit dem Ehrenpreis der Stadt Zürich ausgezeichnet wurde, befindet sich z. Z. auf einer Tanztournee in Deutschland, u. a. in Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt. Sie wird voraussichtlich Mitte März auch in Mannheim einen Tanzabend veranstalten, der zweifellos großen Interesse begegnen dürfte.

(Aus „Die Frau und der Sozialismus“ von A. Bebel)

Flurbereinigung macht Sorgen

Die Flurbereinigung in Weinheim macht nicht geringe Sorgen unter den Landwirten und Obstbauern. In einer Zusammenkunft führten die unmittelbar Interessierten eine eingehende Besprechung durch, in der die Frage in ihrer ganzen Schwierigkeit sichtbar wurde. Genosse Stadtrat Seib belonte in seinen eingehenden Ausführungen, daß man grundsätzlich zur Flurbereinigung nur „Ja“ sagen könnte. Ihre Durchführung begegne aber Schwierigkeiten, die nicht übersehen werden dürfen. In ihren Auswirkungen wird für manche Obstbauern eine Lebensarbeit in Frage gestellt. An der Bergstraße sei in den letzten Jahrzehnten eine Umstellung auf den Obstbau erfolgt und viele Bauern hätten sich ausschließlich auf ihn festgelegt. Beispielsweise Äpfel- und Birnbäume, die erst vor 15 Jahren angetragen, jetzt bei einer Flurbereinigung zu verlieren, ginge nicht und könne niemand zugemutet werden. Eine Wegnahme von Baumbeständen könne unter keinen Umständen in Frage kommen.

In der Diskussion wurde für Parzellenwirtschaft an der Bergstraße unter dem Gesichtspunkt eingetreten, daß in bestimmtem Ausmaß eine Streuung des Grundbesitzes erhalten bleiben müsse, um genügenden Schutz gegen eine Mißernte zu haben, denn nicht jeder Strich wird der Erfahrung nach gleichzeitig und in gleichem Ausmaß davon betroffen.

Arbeiter-Wochenkartenregelung Gewerkschaften haben Erfolg

Die Bemühungen der Gewerkschaften, die Verfügung der Reichsbahndirektion Frankfurt vom 1. Januar 1949, daß Arbeiterwochenkarten nur noch vom Wohnort zum Beschäftigungsort ausgestellt werden, wieder aufzuheben, sind erfolgreich gewesen. Damit kommen die Arbeiter des Weinheimer Hinterlandes wieder in die alte Weinheim, ab Weinheim die OEG benutzen zu können. Dies ist für sie finanziell billiger und weniger zeitraubend. Das Schreiben an die Gewerkschaft hat folgenden Wortlaut:

„Nach Vereinbarung mit der OEG werden ab 1. Mai 1949 durchgehende Tarifverbindungen für den Wechselverkehr Reichsbahn-OEG mit den entsprechenden Arbeiterwochen- und Kurzarbeiterwochenkarten eingeführt, so daß mit diesem Verfahren den Wünschen der Arbeitnehmer entsprochen und die jetzige tarifwidrige Zwischenlösung unterbunden wird. Wir haben ferner unter Berücksichtigung der außergewöhnlichen Schwierigkeiten, die den im

Gebiet der Bergstraße wohnenden und in Mannheim usw. beschäftigten Berufstätigen durch die strenge Einhaltung der Tarifbestimmungen entstanden sind, ausnahmsweise zuzulassen, daß das bisherige Verfahren (Lösung von Arbeiterwochen- und Kurzarbeiterwochenkarten in diesem Gebiet bis und ab Weinheim) bis zur Einführung durchgehender Karten bestehen bleibt. Die betreffenden Bahnhöfe werden entsprechend verständigt.“

Industrieverband Metall

Versammlungen mit der Tagesordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung, 2. Delegiertenwahlen:

Am Donnerstag, den 3. März 1949, 17 Uhr, im Lokal „Zähringer Löwen“, Schweitzer Straße 103, für alle im Haus kassierte Kollegen und Renner aller Stadtteile links des Neckars (Stadseite) im Saal.

Ebenfalls die Kraftfahrzeughandwerker des ganzen Stadtgebietes im Nebenzimmer.

Am Freitag, den 4. März 1949, 17 Uhr, im Lokal „Flora“, Lortzingstraße, für alle im Haus kassierte Kollegen und Renner aller Stadtteile rechts des Neckars.

Ebenfalls die Elektrohandwerker des ganzen Stadtgebietes.

Am Sonntag, den 6. März 1949, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Wartburg-Hospiz“, alle Heizungsmonteurs des ganzen Stadtgebietes.

Ebenfalls am Sonntag, den 6. März 1949, vormittags 9 Uhr, im Lokal „Stadt Heilbronn“, Holzstraße, alle Bauschlosser und Maschinenbauer sowie Spengler und Installateure des ganzen Stadtgebietes.

Mitgliedskarten zur Kontrolle mitbringen, andernfalls keine Beteiligung an der Wahl stattfinden kann.

Theater und Filme

Nationaltheater Mannheim

Am kommenden Freitag findet die nächste Opernpremiere statt. In neuer Inszenierung und Ausstattung gelangt die reizende heitere Oper „Don Pasquale“ von Gaetano Donizetti zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Fritz Rieger; Regie führt Hartmut Boebel. Bühnenbilder und Ausstattung stammen von Heinz Daniel. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Lieselotte Euckup und die Herren Hölzlin, Lienhard, Livas und Stradmann.

Als Lichtspiel, an den Planken, O 3, 6-8 Ab 4. März „Berliner Ballade“, eine filmische Zeitsatire mit entzückenden Kabarettischen Einfällen. Ein Comedie-Film von Günther Neumann, der aus der Perspektive des Jahres 2048 das Heute schildern will. Regie R. A. Stemmler. Kamera Georg Krause, unter den Darstellern der ausgezeichnete Aribert Wäscher und die liebenswürdig-witzige Tatjana Sais. Ferner Gert Fröbe, Ute Sielisch, Hans Deppe, Karl Schönbeck u. a.



Süddeutsche Oberliga

Table with 2 columns: Team and Score. VR Mannheim - VfB Stuttgart 4:1, Bayern München - SV Waldhof 3:2, VfB Mühlburg - 1860 München 1:1, FSV Frankfurt - Schweinfurt 0:3, Kickers Offenbach - Eintracht Frankfurt 5:0, FC Augsburg - Rödellheim 4:1, Stuttgarter Kickers - 1. FC Nürnberg 3:1, Ulm 46 - Schwaben Augsburg 0:0

Abgesehen von dem Auswärtssieg der Schweinfurter gegen FSV Frankfurter verliefen die Oberligaspiele ohne besondere Überraschungen. In Mannheim trafen sich mit VR Mannheim gegen VfB Stuttgart zwei Anwärter auf den 2. Tabellenplatz. Der Sieg des VR war verdient, wenn auch das Resultat etwas zu hoch ausgefallen ist; denn der VfB hatte auch eine ganze Reihe Torchancen, die aber durch Schußpech nicht ausgenutzt wurden. Die Stärke des VR lag in dem rationellen Spiel seiner Stürmerreihe, während die Hintermannschaft bedenkliche Schwächen zeigte. Die Waldhöfer gastierten in München bei den Bayern, wo sie mit 3:0 im Rückstand liegen, das Resultat noch auf 3:2 verbessern konnten, während ihnen der Ausgleich nicht zuletzt durch Benachteiligung von Seiten des Schiedsrichters versagt blieb. In Mühlburg gelang es den Platzherren nicht, 1860 München zu schlagen und man trennte sich mit einem gerechten Unentschieden. In Stuttgart unterlag der Club trotz schönem Spiel gegen die Kickers und wird damit endgültig für einen der ersten Tabellenplätze nicht mehr in Frage kommen. Die Offenbacher Kickers

Sportecho

zeigten sich im Spiel gegen Eintracht Frankfurt weiterhin in guter Form und siegten sicher mit 5:0. Die beiden Tabellenletzten FC Augsburg und Rödellheim trafen sich in Augsburg. Der FC siegte überraschend sicher, befindet sich aber nach wie vor in Abstiegsgefahr, denn auch sein Leidensgenosse Ulm konnte im Heimspiel gegen die Augsburger Schwaben einen wertvollen Punkt erringen. Die Abstiegsfrage, wie auch der Kampf um den 2. und evtl. 3. Tabellenplatz dürften sich erst gegen Schluß der Spiele entscheiden.

Der kommende Spieltag bringt interessante Begegnungen, stehen doch eine Reihe Lokaldarby auf dem Programm. In Mannheim treffen sich VR und Waldhof. Seit Bestehen der Oberliga gab es nur einen VR-Sieg, ein Remis, sonst lauter Waldhofsiege. Eine Voraussage ist schwer. Wohl erscheint VR diesmal etwas stärker, aber wenn es darauf ankommt, ist Waldhof auch da und dies ganz besonders, wenn es gegen den VR geht. In Stuttgart liegt die Sache ähnlich. Immer wenn die Kickers als Favorit traten, siegte der VfB. Vielleicht geht es diesmal wieder so. In Frankfurt kann man den FSV gegen die Eintracht die etwas besseren Chancen geben. Auch in Augsburg haben die Schwaben gegen FC die besseren Aussichten. In München dagegen ist der Ausgang des Treffens Bayern gegen 1860 völlig offen. Ein Unentschieden ist möglich. Mühlburg muß nach Ulm und wird es sehr schwer haben, wenigstens einen Punkt zu retten. Wir rechnen mit einem knappen Ulmer Sieg. Beim Tabellenletzten Rödellheim gastiert der Tabellenführer Offenbach, der auch hier zu einem Sieg kommen wird. Der 1. FC Nürnberg empfängt Schweinfurt 05 und dürfte durch den Auswärtssieg derselben in Frankfurt genügend gewarnt sein, damit er keine Überraschung erlebt.

Badische Landesliga

Feudenheim - Friedrichsfeld 2:1, Viernheim - Schwetzingen 2:2, Sandhofen - Rohrbach 4:3, VfR Pforzheim - VfL Neckarau 5:2, ASV Durlach - Knielingen 8:0, Brötzingen - 1. FC Pforzheim 2:3.

Der VfL Neckarau erlitt erneut eine Niederlage und seine Meisterschaftsaussichten schwinden immer mehr dahin, zumal die beiden anderen Spitzenreiter 1. FC Pforzheim und ASV Durlach ihre Spiele gewinnen konnten. Das kommende Wochenende bringt folgende Begegnungen: Phönix Karlsruhe - VfR Pforzheim, Schwetzingen - Knielingen, Feudenheim - Viernheim, Sandhofen -



Friedrichsfeld, Brötzingen - VfL Neckarau, Rohrbach - 1. FC Pforzheim.

Handball

Im Handball ist die Entscheidung nun endlich zu Gunsten der Neckarauer gefallen und nach 16jähriger Waldhöfer Meisterschaft ist nun der VfL Neckarau erstmals Meister geworden. Bei den Frauen wurde Neulüßheim Kreismeister. Im entscheidenden Spiel gegen die VfR Frauen blieb es mit 3:1 verdierter Sieger.

Deutsche Artisten unerwünscht. Britische Artistenverbände wollen in den nächsten zehn Jahren keine deutschen Artisten auf britischen Bühnen zulassen. Wie von der Internationalen Artistenloge verlautet, hat eine ähnliche Sperre für deutsche Artisten auch nach dem ersten Weltkrieg bestanden.

Schach

Aufgabe Nr. 7

H. Ch. Mehner (Urdruck)



Matt in 2 Zügen. Kontrollstellung: Weiß: Ka2, Da8, Tf5, La5, f1, Sa4, Bb2, c3, d5 (9); Schwarz: Kc4, Dg8, Tg2, Lc7, Sd3, Bb5, c5, d4, e4 (9).

Lösung zur Aufgabe Nr. 6 (Held) 1. Sf5-e7 (droht Df5) mit Stützung der Halbfesselung der Türme auf der 4. Reihe bzw. der leichten Figuren auf der Diagonale e4-h1.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel. 43280. - Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-GmbH., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Druck: Mannheim Großdruckerei, Mannheim, B 1, 4-6. - Auflage: 28.700.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 6. bis 14. März 1949

Sonntag, 6. März, nachm., für die Kulturgemeinde Schwetzingen und freier Verkauf: Wiener Blut, Operette von Johann Strauß. Anfang 14.30 Uhr, Ende etwa 17 Uhr. - Abends: freier Verkauf: Don Pasquale, Oper von G. Donizetti. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Montag, 7. März, Platzsicherung Abt. E Nr. 10: Faust, von Joh. Wolfgang von Goethe. Anfang 18 Uhr, Ende etwa 22 Uhr. Dienstag, 8. März, nachm., Nachholte Vorstellung vom 18. Februar, ohne Kartenverkauf, für die Schüler höherer Lehranstalten: Medea, dramatisches Gedicht von Grillparzer. Anfang 14 Uhr, Ende etwa 16.45 Uhr. - Abends: Platzsicherung Abt. F Nr. 10: Don Pasquale, Oper von G. Donizetti. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Mittwoch, 9. März, Platzsicherung Abt. C Nr. 10: Medea. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Donnerstag, 10. März, Platzsicherung Abt. C Nr. 10: Fidelio, Oper von Ludwig van Beethoven. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Freitag, 11. März, nachm., für die Schüler höherer Lehranstalten, ohne Kartenverkauf: Die Zauberflöte, Oper von W. A. Mozart. Anfang 14 Uhr, Ende etwa 17.15 Uhr. - Abends: Platzsicherung Abt. D Nr. 10: Die lustige Witwe, Operette von Franz Lehár. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.15 Uhr. Samstag, 12. März, Platzsicherung Abt. O Nr. 10: Hier war ich schon einmal. Schauspiel von J. B. Priestley. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr. Sonntag, 13. März, vorm., freier Verkauf: Musikalische Morgenveranstaltung mit Werken von Arthur Honegger und Paul Hindemith; Dirigent: Richard Laugs; Solisten: Doris Rothmund, Mannheim (Klavier), Berthold Cassandane, Mannheim (Violine), das Nationaltheater-Orchester. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.30 Uhr. - Abends: freier Verkauf: Carmen, Oper von Georges Bizet. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Montag, 14. März, Platzsicherung Abt. K Nr. 10: Tiefand, Oper von Eugen d'Albert. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 21.30 Uhr.

Heinz Hoffmeister Konzertdirektion GmbH, Mhm. N 7, 8. Musensaal Rosengarten 8. März, Dienstag, 19.30 u. 21.00 Zwei persönliche Gastspiele Zarah Leander mit dem bek. Filmkomponisten Michael Jary u. seinem Orchester. Eintrittskarten zu DM 2.50 bis 8,- in 4 bekannten Vorverkaufsstellen und in meinem Büro.

Gerda Wieland Mannheim, Dammstraße 23 Tel. 518 21 Autotransporte aller Art (bis 4 Tonnen) schnellst und billigst

Waldhof-Drogerie Jean Schmidt KG. Mhm.-Waldhof, Oppauer Str. 23 Tel. 594 36 Foto - Kino - Abteilung

Berthold Rösch Färberei und Chem. Reinigung MANNHEIM - SECKENHEIM Tel. 472 95

Bei Rheuma und Gicht Wurzelsapp Harnsäure-Tee DROGERIE LUDWIG & SCHÜTTELMANN K.-G. Mannheim, N 4, 21

Werner's moderne Kleiderpflege chem. Reinigung Mannheim, S 3, 13 Betrieb U 1, 8 Tel. 434 24

75 Küchen in allen Größen, von 1,20 m bis 2,10 m; Natur, Buche, Eiche, Alu, Stahl, Emaille, Wohnküchen, Alufellets und Reformküchen, günstig wie immer bei Möbel-Schmidt Mannheim E 3, 2

ALSTER-LICHTSPIELE DAS THEATER AN DEN PLANKEN Tel. 44647 Ab Freitag, 4. März: De Film von dem man spricht: Ein Filmreporter des Jahres 1948 erzählt die „Berliner Ballade“ Aribert Wäscher - Gert Fröbe - Tatjana Sais in der witzig-frechen Zeitsatire von Günter Neumann Über allen Zonen ist Ruh! Angst? Druck? Sorgen? Reporter von morgen Lächeln Dir zu: Nach „Berliner Ballade“ - Lächelst auch Du! Anfangszeiten: 13.30, 15.45, 16.00, 20.15 Uhr Kassenöffnung: ab 12.00 Uhr

CAPITOL FILMTHEATER AM MESSPLATZ Freitag bis Donnerstag: Der große Kriminalfilm „Der Grüne Finger“ mit Anthony Hulme, Joy Shelton Eine tapfere Frau und ein tüchtiger Amateur-Detektiv sind erfolgreicher als Scotland Yard Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr Vorverkauf ab 11.30 Uhr

Der schlechteste Herd wird wieder repariert, Garantie für Brennen und Backen. Alle Reparaturen an Herden und Öfen, sowie Setzen, Putzen und Ausmauern HERDSCHLOSSEREI-OFENSETZEREI F. Krebs, J 7, 11 Fernruf 44121

KONSERVEN vorteilhaft Haushaltsmischung 200 g Erbsen ... 1/2-Dose - 90 400 g Karotten ... 1/2-Dose - 90 Junge Erbsen ... 1/2-Dose 1,40 Apfelsauce tafelfertig ... 1/2-Dose 1,35 DM WEINE, SPIRITUOSEN preiswert 48er Alsterweiller Fl. o. Gl. ... 3,40 DM 48er Langenlocher Lauerweg Fl. o. Gl. ... 3,30 DM 48er Pfaffenschwabenheimer Hölle und Mandelbaum Fl. o. Gl. ... 4,25 DM 48er Freinsheimer Kalbacher, rot Fl. o. Gl. ... 3,50 DM 47er Ingelheimer Rotwein, Fl. o. Gl. DM 4,40. Scharlachberg Meisterbrand Scharlachberg Verschnitt, 38 Vol. % Fl. o. Gl. ... 12,50 DM Münsterländer 38 Vol. % Fl. o. Gl. ... 12,- DM GEHRMANN'S MARKTHALLEN STAMMHAUS O 2, 23 (FERNRU 43 995) Zweiggeschäft: Mannheim-Neckarau, Schulstraße 11

PALAST THEATER BRITENSTRASSE 11 Ab Freitag, 4. bis Donnerstag, den 10. März Das mysteriöse Schicksal eines Arztes Ein spannender Kriminalfilm in Erstaufführung Abordnung in deutscher Sprache mit JAMES MASON dem englischen Filmstar Nr. 1 und Carmela Kellino Beginn: 10.20, 12.00, 14.00, 16.00, 18.00, 20.00, So. ab 13.50 Uhr Vorverkauf ab 10.30 Uhr auch für den folgenden Tag. Freitag bis Sonntag 22.70 Spärvorstellung Der lustige Abenteuerfilm „In Flagranti“ mit Margot Heilscher Ferd. Marian

Gasthaus „Dorfschenke“ Zur „Dorfschenke“ Bes: Fritz Kraft Mannheim, O 4, 10 empfiehlt seine gepflegte Weine, Biere, Spirituosen Erstklassige Küche Nebenzimmer für 60 Personen

WEINPROBE „Zum goldenen Ochsen“ Inh. Wilh. Singer H 5, 21 Ausschank und Straßenverkauf von nur prima Qualitätsweinen SELBSTBEDienung

Inserieren im „Badischen Volksecho“ bringt Gewinn! Billige Küchen-Büfets 165,- 185,- 245,- 295,- 325,- 365,- DM Chaiselongue 75,- 90,- 105,- DM Hch. Baumann & Co Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Eheleute Keine Frauensorgen mehr dch. unser Weisheits. Absolut zuverlässig. verheiratet. Unverwundlich. Einmal. Aug. 22.- DM. Elbeck Vertr. Hamburg-Gr. Flottb. 1/K. Auto-Elektrik, Bosch-Vertrags-Werkstätte Heinz Weber MANNHEIM J 6, 3-4. Telefon 4213 Diesel-Einspritzpumpen, Bosch-Hämmer

STELLENANGEBOTE Erfolgsichere Großbauparkasse sucht tücht. Außendienstmitarbeiter bei gutem Einkommen. Zuschrift. unt. A 1899 an die Südd. Anzeigen-Expedition, (14a) Aalen. Bezirksvertreter sichern sich eine Dauerstellung durch Aufnahme eines Haushalts-Artikels für Stadt und Land. - F. Weckenmann, Friedrichshafen/B. Anzeigenfachmann der alle Arbeiten einer Anzeigenabteilung beherrscht, mit guten Ideen, bewährt, Organisator, wird für Dauerstellung gesucht. Bewerb. mit Lebenslauf, Lichtbild, Refer. unter St. 1501 an den Verlag. VERKAUFE Kleiderschrank Nußbaum, 2türig, billig abzugeben. Angeb. unt. Nr. V1451 an d. Verlag. Ob Stellenangebot, Tausch, Verkauf oder Heiratsanfrage Sie haben immer Erfolg mit der Kleiderzeits. - Annahmestellen: Mhm.: S 3, 10; Mhm.-Neckarstadt: Mittelstr. 38; Karlsruhe: Amalienstraße 68.

MOTEX MANNHEIM August-Klein MANNHEIM / EGGENSTR. 9 (Linie 3 bis Humboldtschule) Eigene Fabrikation!

Grimm Das führende Textilhaus im Norden Mannheims Mannheim-Luzenberg Glasstraße 20 - Fernsprecher 511 02

Geben Sie schon jetzt Ihre Frühjahrsbekleidung in unsere bewährten Hände. Hauptläden: Engelhorn & Sturm, O 5, 2-6, Max-Josef-Straße 1, E 2, 10, Neckarau, Friedrichstr. 16a, Seckenheimer Straße 46b.

Färberei Kramer Chemische Reinigung Wer bastelt, kennt Radio-Dahms Mannheim - K 1, 1

Elektro-Lösch Mannheim, D 4, 17 Licht Kraft Radio Neufunktion elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen, Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikel Berufs-Kleidung Arbeits-Anzüge, Mäntel, Schürzen, Kittelkleider und Kittelschürzen in kräftiger Qualität zu unseren soliden Engelhorn + Sturm Das Bekleidungshaus in Mannheim seit 1870